

Die Chinapolitik des Deutschen Reiches
1871 bis 1945

WEHRWISSENSCHAFTLICHE FORSCHUNGEN

Abteilung

MILITÄRGESCHICHTLICHE STUDIEN

Herausgegeben vom

MILITÄRGESCHICHTLICHEN FORSCHUNGSAMT

durch

Günter Roth und Manfred Messerschmidt

in Verbindung mit

Rainer Wohlfeil, Werner Gembruch und Andreas Hillgruber

34

UDO RATENHOF

Die Chinapolitik des Deutschen Reiches 1871 bis 1945

Wirtschaft – Rüstung – Militär

UDO RATENHOF

**Die Chinapolitik
des Deutschen Reiches
1871 bis 1945**

Wirtschaft – Rüstung – Militär



HARALD BOLDT VERLAG · BOPPARD AM RHEIN

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Ratenhof, Udo:

Die Chinapolitik des Deutschen Reiches 1871 bis
1945: Wirtschaft, Rüstung, Militär / Udo Ratenhof.

– Boppard am Rhein: Boldt, 1987.

(Wehrwissenschaftliche Forschungen: Abteilung
militärgeschichtliche Studien; 34)

ISBN 3-7646-1866-3

NE: Wehrwissenschaftliche Forschungen / Abteilung
militärgeschichtliche Studien

ISBN: 3 7646 1866 3

© Harald Boldt Verlag · Boppard am Rhein 1987

Alle Rechte vorbehalten · Printed in Germany

Herstellung: boldt druck boppard gmbh

INHALT

1. Einleitung	1
a) Chinesische Gesellschaft, westliche Einflüsse und die deutsche Politik	2
b) Fragestellung, methodischer Ansatz und Forschungsstand	13
2. Nationalstaatliche Bestrebungen Preußens und gewaltsame Öffnung Chinas — Der wirtschaftliche und politische Stellenwert des deutschen Chinahandels um die Mitte des 19. Jahrhunderts	25
3. Langzeitkrise der deutschen Wirtschaft und untaugliche chinesische Reformen — Bemühungen um kommerzielle und industrielle Expansion in China (1871–1894)	51
a) Die Stagnation des deutschen Chinahandels und wirtschaftspolitische Einflußnahme im Reich der Mitte	51
b) Chinesische Militärreformen, private Rüstungsgeschäfte und die Aktivitäten der deutschen Kriegsmarine in China	71
c) Wirtschaftliche, politische und strategische Interessen an einer militärischen und industriellen Modernisierung Chinas	94
4. Gescheiterte deutsche Weltmachtkonzeptionen und vergebliche Modernisierungsmaßnahmen im Reich der Mitte — Die militärische und wirtschaftliche Durchdringung Chinas bis zum Untergang des chinesischen Kaiserreiches (1894–1911)	127
a) Antimodernistische chinesische Reaktionen als Vorwand für eine militärische Interventionspolitik in China	127
b) Deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik in China zwischen Mandschu-Reformen und nationalem chinesischen Aufbegehren	169
c) China als geplanter Eckpfeiler deutscher Weltpolitik in Ostasien	198
5. Erster Weltkrieg und drohender Zerfall Chinas — Kulminationspunkt und Zusammenbruch des deutschen Chinahandels (1911–1919)	231
6. Deutscher Revisionismus und chinesische Wirren — Die deutsche Wirtschaftspolitik in China und die Errichtung der Kuomintang-Herrschaft (1919–1928)	271
a) Die Wiederannäherung der beiden „Verliererstaaten“ und die Belebung des deutschen Chinageschäfts	271

b) Modernisierungsversuche der Kuomintang und deutsche Waf- fenlieferungen	299
c) Wunschvorstellungen und Grenzen eines wirtschaftspolitischen Engagements im nationalrevolutionären China	325
7. Deutsche Aufrüstungspolitik und nationaler Wiederaufbau Chinas – Die militärindustrielle Kooperation mit der Regierung Chiang Kai-shek (1928–1938)	357
a) Äußere und innere Bedrohung der chinesischen Modernisierung und die aktive Chinapolitik der Reichswehr	357
b) Die deutsch-chinesischen Wirtschafts- und Rüstungsbeziehungen in der Phase der inneren Stabilisierung Chinas	405
c) Die deutsche Chinapolitik im Spannungsfeld rüstungswirtschaft- licher Erfordernisse, militärpolitischer Strategien und ideologi- scher Zwänge	451
8. Nationalsozialistische Weltmachtvorstellungen und der Kampf um die Vorherrschaft in China – Die deutsch-chinesischen Beziehun- gen bis zum Scheitern der Weltmachtpläne Hitlers (1938–1945) .	491
9. Schlußbetrachtung und Ausblick	537
a) Phasen und Parallelen in der deutschen Chinapolitik von Bis- marck bis Hitler	538
b) Zur Kontinuität nach dem Zweiten Weltkrieg: Die Chinapolitik der Bundesrepublik Deutschland	547
10. Anhang	561
Tabelle 1: Der Außenhandel des Deutschen Reiches mit China 1890 bis 1942	561
Tabelle 2: Der Außenhandel des Deutschen Reiches mit China und Japan im Vergleich 1890 bis 1941	563
Tabelle 3: Der prozentuale Anteil Großbritanniens, Japans, der Ver- einigten Staaten und Deutschlands am chinesischen Au- ßenhandel 1888 bis 1937	564
Tabelle 4: Amerikanisches, japanisches, britisches und deutsches Kapital in China 1900 bis 1936	566
Tabelle 5: Auswärtiger Schiffsverkehr in China 1868 bis 1936 . .	567
Tabelle 6: Die von China bestellten und von der Firma Fried. Krupp gelieferten Geschütze 1871 bis 1914	568
Graphik: China 1911. Friedensgliederung der chinesischen Armee .	570
Karte: China 1934. Provinzen, Bodenschätze, Industrie, Arsenalen .	572
Abkürzungen	573
Quellen und Literatur	577
Personen- und Firmenregister	615

Abbildungen	nach 6
Li Hung-chang bei Krupp	
Chinesische Militärs bei Mauser	
Siemens China Co.	
Die Reichenau-Mission I	
Die Reichenau-Mission II	
China auf der Ostmesse	

VORWORT

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine – besonders in den Anmerkungen – gekürzte und durch einen Anhang erweiterte Studie, die der Gemeinsame Ausschuß der Philosophischen Fakultäten der Universität Freiburg i. Br. im Wintersemester 1984/85 unter dem Titel „Wirtschaft, Rüstung und Militär in der Chinapolitik des Deutschen Reiches von 1871 bis 1945. Chinas Erneuerung, Großmachtrivalitäten in Ostasien und deutsches Weltmachtstreben“ als Dissertation angenommen hat. Sie wurde durch Vorlesungen, Übungen und Seminare über das nationalistische China der 1920er und 1930er Jahre angeregt, die Prof. Dr. Bernd Martin in den Jahren 1978/79 am Historischen Seminar der Albert-Ludwigs-Universität abhielt.

Ihm, meinem geschätzten akademischen Lehrer, gilt daher mein erster Dank, nicht nur für mannigfaltige Hilfestellungen und eine umfassende, stets wohlwollend kritische Betreuung der Arbeit, sondern auch für die angenehme Atmosphäre seines Kandidatenkolloquiums, das persönliche Begegnungen und anregende Diskussionen ermöglichte.

Dank sagen möchte ich weiterhin dem Bundesministerium der Verteidigung, das mir als Berufsoffizier der Bundeswehr durch eine Versetzung an das Militärgeschichtliche Forschungsamt in Freiburg ein Studium der Geschichtswissenschaft an der dortigen Universität möglich machte und das die Promotion in jeder Hinsicht förderte.

Für die freundliche Hilfe, die mir in privaten und öffentlichen Bibliotheken und Archiven sowie von seiten aller Gesprächspartner und – bei der Drucklegung – durch die Schriftleitung und die Zeichenstelle des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes zuteil wurde, danke ich allen Beteiligten.

Viel verdanke ich auch meinen Eltern, Freunden und Bekannten, die das Projekt mit ständigem Interesse begleiteten.

Mein tiefster Dank gilt jedoch meiner Frau, ohne deren Anteilnahme und Unterstützung die Arbeit nicht hätte fertiggestellt werden können. Ihr sei daher das vorliegende Buch in Liebe und Dankbarkeit gewidmet.

Lübeck, im April 1985

Udo Ratenhof

1. EINLEITUNG

Der Wiedereintritt der Volksrepublik China in die internationale Politik nach der Kulturrevolution und insbesondere das Ausschalten der „Viererbände“ nach dem Tod Mao Tse-tungs (1976)¹ haben in den westlichen Industrieländern erneut Hoffnungen auf eine intensivere Annäherung und grundlegende Verständigung mit China genährt. Auch in der Bundesrepublik Deutschland nehmen seit Ende der 1970er Jahre neben wirtschaftlichen Erwartungen politische und militärstrategische Überlegungen in den Beziehungen mit China wieder einen größeren Platz ein. So werden die von der chinesischen Führung in Peking verkündeten umfassenden Modernisierungsvorhaben in der Landwirtschaft, in der Industrie, auf militärisch-rüstungswirtschaftlichem Gebiet sowie in Wissenschaft und Forschung voller Zuversicht betrachtet. Und nicht wenige Politiker liebäugeln wegen der anhaltenden Spannungen zwischen Washington und Moskau mit China als Bündnispartner an der Seite der „freien Welt“ gegen eine auf diese Weise eingekreiste Sowjetunion. Doch nicht allein die aktuelle Problematik rechtfertigt ein Aufgreifen des Themas der deutsch-chinesischen Beziehungen unter rüstungsindustriellen, militärstrategischen und politischen Aspekten. Vielmehr scheint es auch wissenschaftlich ergiebig zu sein, das Geflecht von Wirtschaft, Militär und Politik im Deutschen Reich einmal anhand der deutschen Interessen in einem Land wie China aufzuzeigen, das noch dazu von der deutschen Geschichtsschreibung bisher sträflich vernachlässigt wurde. Historische Untersuchungen zum Verhältnis von Militär, Wirtschaft und Politik haben sich stärker den innen- und gesellschaftspolitischen Auswirkungen dieser Dreierbeziehung mit ihren Interaktionen und den daraus abgeleiteten außenpolitischen Zielvorstellungen zugewandt². Weitgehend fehlen Fallstudien über das – aus welchen Motiven auch immer – unterschiedliche oder gemeinsame Agieren von Militärs, Wirtschaftsführern und Politikern im außenpolitischen Bereich, vor allem gegenüber sogenannten Entwicklungsländern. Eine Langzeitanalyse der

¹ Die Transkription asiatischer Namen erfolgt nach dem in der wissenschaftlichen Literatur verbreiteten System von Wade/Giles. Entsprechend asiatischen Gepflogenheiten wird der Familienname stets an erster Stelle genannt.

² Jüngste verdienstvolle Beispiele: Geyer, Aufrüstung; Müller/Opitz. Um den Umfang der Anmerkungen nicht über Gebühr auszudehnen, beschränken sich die Angaben zu der benutzten Literatur auf Verfasser (bzw. Herausgeber) und, wenn nötig, Kurztitel. Die genauen bibliographischen Hinweise finden sich im Literaturverzeichnis.

deutsch-chinesischen Beziehungen bietet die Möglichkeit, konvergierende und divergierende wirtschaftliche, militärische und politische Interessen und deren Einflüsse in bestimmten Phasen der Außenpolitik des Deutschen Reiches herauszuarbeiten. Wie kaum ein anderes Land der „Dritten Welt“ hat China seit dem letzten Jahrhundert mit seiner teilweise vom Westen aufgezungenen, teilweise aus eigenem Antrieb vorgenommenen Modernisierung Wunschvorstellungen von Politikern, Wirtschaftsführern und Militärs in Deutschland genährt. Vor einer Erörterung erscheint es indes zweckmäßig, einen kurzen Überblick über die westlichen Einflüsse im Reich der Mitte sowie die Außen-, Außenwirtschafts- und Militärpolitik des Deutschen Reiches gegenüber China zu geben.

a) Chinesische Gesellschaft, westliche Einflüsse und die deutsche Politik

Westliche Modernisierungstheorien haben es bis heute nicht vermocht, ein einheitliches und überzeugendes theoretisches System zu entwerfen, mit dessen Hilfe die Entwicklung europäischer und außereuropäischer Gesellschaften verglichen werden könnte³. Probleme ergaben sich insbesondere bei einer Überprüfung der Theorien an konkreten historischen Sachverhalten⁴. Die sozialhistorisch orientierte Historiographie war sich dieser Probleme bei der Anwendung der Theorien bewußt und versuchte, durch eine Historisierung der theoretischen Ansätze präzise Erklärungsmodelle für geschichtliche Entwicklungen aufzustellen⁵. Durch zeitliche und räumliche Einschränkungen und durch eine differenziertere Sicht der Industrialisierung und Modernisierung hoffte sie, neue Problemhorizonte für die Geschichtswissenschaft zu erschließen. Obwohl der Schwerpunkt der Forschung eindeutig auf Europa und Amerika lag, sollten auch historische Prozesse außereuropäischer Länder auf die als Idealtypen verstandenen europäischen Gesellschaften bezogen werden können, ohne den Eigencharakter jener Gesellschaften zu vernachlässigen. Der Hauptakzent lag hierbei auf der sogenannten Nachfolgeproblematik, dem Wandlungsprozeß der „Nachzügler“, verstanden als das Zusammentreffen historisch überkommener Gesellschaftsstrukturen mit von außen kommenden Ideen und Techniken⁶. Dieser historische Ansatz scheint jedoch nur unter bestimmten Voraussetzungen auf sogenannte Entwicklungsländer anwendbar zu sein:

- durch Verzicht auf einen westlichen Idealtypus von Gesellschaftsentwicklung,
- durch Aufgabe des Postulats eines immanenten Zusammenhangs von Modernisierung und Demokratisierung

³ Blackbourn/Ely, passim; Wehler, Modernisierungstheorie, S. 11 ff.

⁴ Wehler, Modernisierungstheorie, S. 5 ff.; Trauzettel, S. 191 ff.; Zapf, S. 303.

⁵ Dazu ausführlich Wehler, Modernisierungstheorie, S. 19 ff.

⁶ Ebd., S. 47 ff.; Bendix, S. 4 ff.; Moore, S. 475 f.

- und durch Loslösung des Begriffs des Modernen von europäischen Vorstellungen⁷.

Die Entstehung der modernen Welt nur als reine Ausbreitung der okzidentalen Gesellschaftsformen aufzufassen, greift daher viel zu kurz⁸. Bei den Einflüssen westlicher Ideen und Techniken auf nichtwestliche Gesellschaften kann lediglich von einer Adaption bei eigenständiger gesellschaftlicher Entwicklung gesprochen werden⁹. Im Falle Chinas ist daher die Frage nach dem Antagonismus von (exogener) Modernität und (endogener) Traditionalität und seinen Auswirkungen kaum zu klären. Sinnvoller erscheint es hingegen, von einer Symbiose endogener und exogener, traditioneller wie moderner Einflüsse in ihrer Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung auszugehen und diese historisch zu erforschen¹⁰. In dieser Hinsicht stellt sich die chinesische Gesellschaftsentwicklung unter den Aspekten Ideologie und Herrschaftssystem, Wirtschafts- und Sozialstruktur jeweils vor und nach dem Eindringen westlicher Einflüsse wie folgt dar:

In der traditionellen chinesischen Agrargesellschaft bedeutete politische Erneuerung bis zum Eindringen des Westens lediglich einen Wechsel der kaiserlichen Dynastie unter Beibehaltung des gesellschaftlichen Systems. Die einflußreiche Schicht der Agrarbürokraten¹¹, oft auch als Gentry bezeichnet, verhinderte durch die Unterdrückung des Handels neben einer kommerziellen Revolution im Agrarsektor auch eine bürgerlich-politische Revolution. Literatenbeamten, Angehörige der zentralen Bürokratie des Kaiserreiches, deren Hauptaufgabe es war, die Ordnung aufrechtzuerhalten, Recht zu sprechen und Steuern einzuziehen, konnten durch offene Korruption im allgemeinen höhere Gewinne erzielen als selbst die meisten Großgrundbesitzer. Die erstrebenswerte Karriere des Beamten war theoretisch allen Schichten möglich. In Wirklichkeit rekrutierten sich fast alle Mandarine jedoch aus der Klasse der Großgrundbesitzer, die allein in der Lage waren, die private Ausbildung zu Literaten bis zur staatlichen Prüfung zu finanzieren¹².

Das fremdherrschaftliche Mandschu-Kaiserhaus (seit 1644) versuchte, durch kollegial (d. h. mit Mandschu und Chinesen) besetzte Zentralbehörden und eine auf höchstens drei Jahre begrenzte Anstellung an ein und demselben Ort die Macht dieser Bürokratenelite so gering wie möglich zu halten. Aufgrund dieser Maßnahme blieb aber auch die effektive Machtausübung der

⁷ Moore, S. 193; Trauzettel, S. 191.

⁸ Wehler, Handelsimperialismus, S. 76.

⁹ Als Beispiel sei auf die gewandelte Sicht der Rolle des Militärs im Transformationsprozeß einer nichtokzidentalen Gesellschaft hingewiesen. Vgl. dazu ausführlich Tibi, S. 10 ff.; 52 ff., und die speziell auf das Osmanische Reich bezogenen Untersuchungen ebd., S. 84 ff.

¹⁰ Trauzettel, S. 191 f.; Zapf, S. 302 f.

¹¹ Die aus Literaten zusammengesetzte Bürokratie (Literatenbeamten) kam fast ausschließlich aus der ländlichen Oberschicht.

¹² Dazu ausführlich Moore, S. 196 ff.; Zingerle, S. 70 ff.

Zentrale auf lokaler Ebene begrenzt. Die Bürokraten waren gezwungen, sich mit örtlichen Notabeln zu arrangieren, welche aufgrund ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung die lokale Macht ausübten: Es gab zwar zwischen Großgrundbesitzern und Bauern keine feudalen Abhängigkeiten, auch waren die Beziehungen zwischen Pächtern und Pachtherren, wie überhaupt der Zusammenhalt und die Organisation der gesamten bäuerlichen Gesellschaft, sehr lose¹³, soziales Ansehen und soziale Sicherheit waren aber von einem Minimum an Grundbesitz, nicht unbedingt Grundeigentum, abhängig¹⁴. Zusammengehalten wurde das chinesische Kaiserreich, das nach außen hin als passive Weltmacht auftrat¹⁵, im Innern durch die Staats- und Gesellschaftslehre des Konfuzianismus. Die Vorstellung, das Zentrum der Weltkultur zu sein, wurde geprägt von einem konfuzianistisch-sinozentrischen Weltbild, das ständig nach Harmonie, kosmischer Ordnung und Universalismus strebte. Der Konfuzianismus, Ideologie und Staatsreligion zugleich, war auf der Ebene der politischen Realität ein Kompromiß zwischen kaiserlichen Machtinteressen und Legitimationsinteressen der Gentry zur Begründung und Absicherung ihrer jeweiligen Herrschaftsposition. Der Kaiser mußte als Vertreter der Himmelsmacht, als kaiserlicher Oberpriester, rituelle und ethische Vorschriften beachten, um die Gunst der Götter für sein Volk zu erlangen. Die als einzige zur Auslegung der konfuzianistischen Schriften befähigten Literatenbeamten waren durch ihre Schriftkenntnis potentielle Schiedsrichter in Glaubens- und Weltanschauungsfragen und so indirekt an der Macht beteiligt¹⁶. Als Ideologie der Herrschenden konnte der Konfuzianismus zwar China als Reich zusammenhalten, mit seiner engherzigen Orthodoxie aber nur systemimmanente Innovationsversuche hervorbringen. Die auf diese Weise herbeigeführten Herrschaftswechsel konnten die politische und soziale Ordnung nicht grundsätzlich in Frage stellen¹⁷. Schon Max Weber hob den gravierenden Unterschied zu den okzidentalischen Gesellschaften hervor: „Der konfuzianistische Rationalismus bedeutet rationale Anpassung an die Welt. Der protestantische Rationalismus rationale Beherrschung der Welt¹⁸.“

Die Doppelkrise des 19. Jahrhunderts, die Taiping-Rebellion und das Eindringen des Westens¹⁹, zwang China schließlich, modifizierte westliche Modelle zur Modernisierung des Landes zu übernehmen. Die lokale Gentry und einzelne Militärführer, die ohne wesentliche Hilfe der Dynastie die Taiping mit

¹³ Traditioneller Bezugspunkt war die Großfamilie. Moore, S. 53, 539.

¹⁴ Michael, Regionalism, S. XXIV ff.; Trauzettel, S. 193 f.; Weber, S. 330 ff.

¹⁵ Fast alle Staaten im Fernen Osten waren als Tributstaaten mehr oder weniger fest an China gebunden, ohne daß es diese nach eigener Auffassung selbstverständliche Abhängigkeit ausnutzte. Holcombe, S. 61 ff.

¹⁶ Weber, S. 298 ff.; Zingerle, S. 89 f.

¹⁷ Nāth, Chinas Weg, S. 17 ff.; Beauvoir, S. 37 ff.; Zingerle, S. 12.

¹⁸ Weber, S. 534.

¹⁹ Gasster, Struggle, S. 9 ff.

westlichen Waffen besiegen konnten (1864) und dadurch ihre Macht festigten²⁰, verfolgten jedoch eine Erneuerung nach westlichem Vorbild allein unter dem Gesichtspunkt, sich dem expansiven Vorgehen der Westmächte entgegenstellen zu können. Sie erkannten, daß eine Industrialisierung und die damit verbundene soziale Mobilität schließlich die Agrar- und Familienstruktur, die Basis des konfuzianistischen Systems, zerstören mußten. Daher tendierten sie traditionsgemäß zu einer Restauration nach traditionellem Vorbild, zu einer Modernisierung innerhalb des bestehenden Systems²¹.

Das „Europäische Zeitalter“, das Jahrhundert der „ungleichen Verträge“ (1842–1943) und des okzidentalischen Einflusses, kurz, der westlichen Überfremdung, die ihren Höhepunkt in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts erfuhr, bedeutete für das chinesische Kaiserreich keinesfalls eine Verwestlichung; der eigene Weg blieb immer im Vordergrund²². So gingen auch chinesische Reformen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stets nur von einer Korrektur oder einer Weiterentwicklung des Konfuzianismus aus, von einer Übernahme westlicher Technologien bei gleichzeitiger Bewahrung des chinesischen Geistes und der chinesischen Kultur, die sie der Zivilisation der „Barbaren“ weit überlegen wähnten²³. Wie die westliche Welt den Chinesen aufgrund fehlender oder falscher Informationen und aus christlich-abendländischem Überlegenheitsgefühl mit Voreingenommenheit begegnete, so war umgekehrt der Westen für China eine Zivilisation, begründet auf rein materieller Basis, ohne Kultur, Recht und Philosophie. Erst seit den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts, als die Kontakte allmählich intensiviert wurden, sprachen insbesondere chinesische Auslandsstudenten oft von den Vorteilen der demokratischen Systeme und von dem Wohlstand des Westens. Da ihre Vorstellungen wegen der Orthodoxie des konfuzianistischen Systems kein Gehör finden konnten, entwickelte sich nach und nach ein revolutionäres Potential, das schließlich die Mandschu-Dynastie für alle Rückständigkeit verantwortlich machte und im Gegensatz zu den Reformern keine Möglichkeit mehr für eine innere Erneuerung sah²⁴.

Die Revolution von 1911, die den Aufstieg einer neuen bürgerlichen und militärischen Elite beschleunigte²⁵, konnte zwar die institutionelle Repräsentanz des konfuzianistischen Systems zerstören, die Bewahrung der Lehre, der traditionellen Kultur, Moral und Ethik sowie die Erhaltung der sozialen Strukturen aber nicht verhindern. Das Ende der kaiserlichen Herrschaft bedeutete

²⁰ Beckmann, S. 2; W. Franke, Jahrhundert, S. 37 ff.; ders., Kampf, S. 52 ff.; Kindermann, Entstehungsgeschichte, S. 26 ff.; Michael, Taiping-Rebellion, S. 35 ff.

²¹ Opitz, Aufbruch, S. 14 ff.

²² Beckmann, S. 118 ff.; Gasster, Struggle, S. 9 ff.

²³ Näth, Chinas Weg, S. 30 ff.; Gasster, Reform, S. 85 ff.

²⁴ J. Chen, S. 49 ff., 202 ff.; W. Franke, Jahrhundert, S. 80 ff.; Gasster, Reform, S. 90 ff.; King, History, S. 8 ff.

²⁵ Bislang waren Soldaten auf der untersten Stufe der chinesischen Gesellschaftsordnung angesiedelt gewesen. Carlson, S. 13 ff.

nämlich keine Änderung der wirtschaftlichen und sozialen Rolle des Großgrundbesitzes. Die lokale Gentry konnte ihre Stellung behaupten. Mit Hilfe regionaler Militärmachthaber, die sich häufig aus der Klasse der Großgrundbesitzer rekrutierten²⁶, gelang es ihr, Steuern zu hinterziehen oder sich Regierungsfonds anzueignen, die für den Aufbau des Landes bestimmt waren. Infolge einer fortschreitenden Verschmelzung der Gentry mit den städtischen Oberschichten, die sich mit der forcierten Industrialisierung in China während des Krieges in Europa (1914–1918) weiter ausgebildet hatten, wurde der ländliche Grundbesitz schließlich nur noch als Vermögensanlage angesehen²⁷.

Auch die kulturelle Revolution von 1919 („Vierte-Mai-Bewegung“), die sich sowohl gegen konfuzianistisches Gedankengut als auch gegen westliche Machtpolitik wandte, aber zugleich westliches Ideengut als Ideal übernahm, konnte sich nicht durchsetzen. Die revolutionären Konzepte des chinesischen Nationalismus und des chinesischen Kommunismus, die mit ihren Ordnungsvorstellungen mehr oder weniger an chinesische Denktraditionen anknüpften, behielten langfristig gesehen die Oberhand²⁸.

Der nationalistische Modernisierungsversuch der Kuomintang barg mit Sun Yat-sens synkretistischem Ordnungsentwurf, der westliches und chinesisches Gedankengut gleichwertig nebeneinander zu stellen und gleichsam eine konservative Erneuerung mit diktatorischen Mitteln durchzuführen suchte, von Anfang an die Möglichkeit des Scheiterns in sich²⁹. Das Beharrungsvermögen des Konfuzianismus als kulturelle und soziale Kraft, auf die sich schließlich sogar das Regime Chiang Kai-sheks zu seiner politischen Machtabsicherung stützen mußte, ließ letztlich auch partielle Fortschritte bei der Modernisierung im Sande verlaufen³⁰.

Durch das Bündnis zwischen traditionellen Kräften und dem Militär war in der neuen Republik, in der Offiziere mehr und mehr politische und administrative Funktionen übernahmen, keine grundsätzliche Reform möglich³¹. Die Kuomintang, das Bindeglied zwischen Großgrundbesitz und Besitzbürgertum, versuchte lediglich, unter dem starken Einfluß des Militärs die sich verschärfenden Agrarprobleme mit Hilfe von Reformen auf dem Papier und militärischen Aktionen gegen Bauernbanden und Kommunisten zu lösen³². Die gegen die alte Ordnung aufbegehrenden Bauern hatten sich jedoch unter dem Einfluß der Modernisierungsbestrebungen seit dem 19. Jahrhundert zum revo-

²⁶ Michael, *Taiping-Rebellion*, S. 35 ff.; Moore, S. 213 ff., 240 ff.

²⁷ Moore, S. 224 ff.; vgl. auch Fairbank, *United States*, S. 125 ff.; Hsü, *Rise*, S. 341 ff., 514 ff.; Moore, S. 208 ff.; Weber, S. 391.

²⁸ W. Franke, *Jahrhundert*, S. 122 ff., 136 ff.; Näth, *Chinas Weg*, S. 42 ff.; Opitz, *Aufbruch*, S. 18 ff.

²⁹ Viechtbauer/Wegmann, S. 110 ff.

³⁰ W. Franke, *Jahrhundert*, S. 228 ff.; Gasster, *Struggle*, S. 140 f.

³¹ W. Franke, *Stufen*, S. 155 ff.; Neugebauer, S. 20 ff.

³² W. Franke, *Jahrhundert*, S. 159 ff.; Moore, S. 224 ff.



Abb. 1: Besuch des chinesischen Vizekönigs Li Hung-chang auf dem Schießplatz der Firma Fried. Krupp in Meppen am 1. Juli 1896
(Historisches Archiv der Fried. Krupp GmbH, FAH III H 37)



Abb. 2:
Chinesische Militärs auf dem Schieß-
stand der Waffenfabrik Mauser in
Oberndorf Anfang 1905
(Heimat- und Waffenmuseum, Stadt
Oberndorf am Neckar)

Abb. 3:
Büro der Siemens China Co. in Shanghai,
wahrscheinlich von 1922 bis zum Ende
des Zweiten Weltkrieges
(John H. D. Rabe: Ein Vierteljahrhundert
beim Siemens-Konzern in China, 1935;
Archiv der Siemens AG, im Siemens Mu-
seum, München, 12/Lh 638)



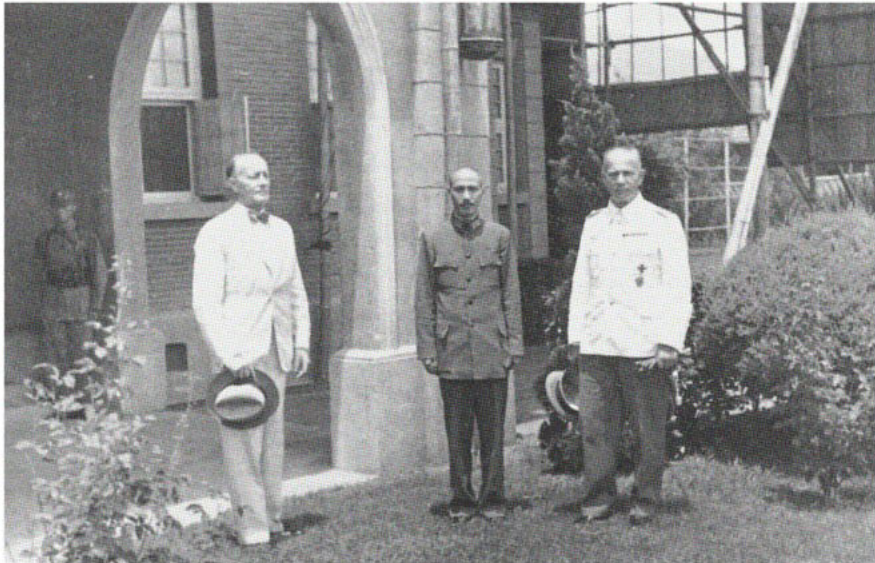


Abb. 4: Die Reichenau-Mission in China I, Nanking im Sommer 1936
von links: Hans Klein, Chiang Kai-shek, W. v. Reichenau
(Privatbesitz Friedrich Busse)

Abb. 5: Die Reichenau-Mission in China II, Nanking im Sommer 1936
von links: Yüan Dö-mou, General Kwei Yung-ching, Friedrich Busse, Wirtschafts-
minister Dr. Wong Wen-hao, Hans Klein, Ministerpräsident K'ung Hsiang-hsi,
General v. Reichenau, Adjutant, Major Völter
(Privatbesitz Friedrich Busse)





Abb. 6: China auf der Ostmesse in Königsberg, Sommer 1940
(Privatbesitz Friedrich Busse)

lutionären Potential entwickelt³³, so daß Chiang Kai-sheks vorgebliche Revolution von oben zum Scheitern verurteilt sein mußte³⁴. Die kriegerische Aggressivität der Japaner schuf den von den bäuerlichen Massen unterstützten chinesischen Kommunisten schließlich in den 40er Jahren die Voraussetzung, ihr Erneuerungsprogramm für China zu verwirklichen³⁵.

Vor dem Eindringen des Westens gab es trotz einer Vielzahl religiös motivierter militärischer Rebellionen und landwirtschaftlicher Krisen in China kein fundamentales Aufbegehren. Der orthodoxe Konfuzianismus war in der Lage, aufkommende Kritik zu absorbieren und innerhalb des Systems Lösungen zu finden. Dieses Höchstmaß an wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Kontinuität, die Außenstehenden oft den Eindruck einer Stagnation vermittelte, gab dem System seine Stärke. Sie wurde aber auch zur Quelle aller Schwierigkeiten, als die Auswirkungen der politischen und wirtschaftlichen Revolution in Europa China erreichten³⁶.

Das Eindringen des Westens forderte nämlich nicht nur die Bauern, sondern auch die traditionelle Führungsschicht der Gentry heraus. Das Dilemma der Agrarbürokraten bestand darin, westliche Modelle akzeptieren zu müssen, um den eigenen Einfluß beizubehalten; die Übernahme dieser Modelle implizierte aber gleichzeitig den Aufstieg neuer Eliten, insbesondere des Militärs. Die Kontinuität im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich hingegen wurde von alledem kaum berührt; Veränderungen spielten sich nach alter konfuzianistischer Tradition sozusagen nur im politischen Überbau ab. Modernisierung in China vor der kommunistischen Revolution bedeutete daher nicht Industrialisierung oder gar Emanzipation der Massen und Demokratisierung, sondern vor allem Militarisierung³⁷.

Kann die chinesische Gesellschaftsentwicklung hinsichtlich des westlichen Einflusses und Eindringens von einem modifizierten modernisierungstheoretischen Ansatz her analysiert und dabei auch die Kontinuität erfaßt werden, so scheint es für die deutsche Außenpolitik dieses Zeitraums sinnvoller zu sein, von der Frage der Kontinuität in der Geschichte des Deutschen Reiches auszugehen, da diese für die deutsche Geschichtsschreibung auch als Angelpunkt modernisierungstheoretischer Erklärungsmodelle angesehen wird.

Kontinuität nur als Stabilität in einer sich ändernden Welt zu verstehen, griffe zu kurz. Kontinuität dagegen in jedem Ablauf von Geschichte gleichsam als eine Einheit des Seins ausmachen zu wollen, liefe auf einen zu weiten metaphysischen Ansatz hinaus. Kontinuität aber als vorgegebene Linie der Geschichte in Raum und Zeit zu begreifen, die letztlich mit mathematischer Genauigkeit zu ermitteln wäre, käme einer Verabsolutierung von Gesetzmäßigkeiten in der Geschichte gleich und widerspräche der generellen Offen-

³³ Eastman, S. 39 ff.; Gasster, *Struggle*, S. 50 ff.

³⁴ Fairbank, *United States*, S. 239 ff.

³⁵ Moore, S. 546 f.

³⁶ Y. Wang, S. XXII ff., 7 ff., 497 ff.

³⁷ Beckmann, S. 2 f.; Michael, *Regionalism*, S. XXII f.; Moore, S. 575 f.

heit geschichtlicher Situationen³⁸. Kontinuität kann indes auch nicht Kausalität bedeuten, verstanden als die logische und notwendige Konsequenz einer einzelnen Handlung oder einer ganzen Epoche, wenn nicht die Diskontinuität, selbst wiederum Voraussetzung von Kontinuität, von vornherein ausgeschaltet werden soll. Kontinuität ist daher nicht eine Folge von kausalen Abläufen, sie ist vielmehr partielle Identität, d. h., sie setzt Ähnlichkeiten in Teilen voraus. Der Gefahr von Kontinuitätstheorien, zu simplifizieren oder zu verabsolutieren und als Folge davon z. B. Früheres stets aus Späterem zu erklären oder rein formale Analogien als eindeutige Zuordnungen zu verstehen, läßt sich nur mit Hilfe eines historischen Konzepts von Kontinuität begegnen, das von Gleichheiten oder Ähnlichkeiten in der Geschichte ausgeht. Um vorschnelle Hypothesen zu vermeiden, muß dieses Konzept sich grundsätzlich an verschiedenen „Kontinuitätsmodellen“ orientieren, die, von ganz unterschiedlichen Fragestellungen ausgehend, auch zu verschiedenartigen Ergebnissen führen können, ohne daß ihre notwendige Überprüfung an konkreten Sachverhalten dabei vernachlässigt wird³⁹.

Ludwig Dehios Untersuchungen zur Kontinuität in der preußisch-deutschen Geschichte und die durch Fritz Fischers Studien neu belebte Diskussion haben die heutigen Ansätze, Kontinuitäten in der deutschen Geschichte aufzuzeigen, entscheidend mitgeprägt. Sah Dehio die preußisch-deutsche Expansion noch eingebettet in die europäische Geschichte des Hegemonialstrebens der Neuzeit⁴⁰, so erkannte er doch bereits deutsche Besonderheiten in der Methode des Vorgehens: „mit altpreußischem Erfolgsrezept“⁴¹ innere und äußere Spannungen gleichsam in einer Flucht nach vorn zu lösen⁴². Fritz Fischers im Laufe der Zeit immer weiter ausgearbeiteter methodischer Ansatz folgte einen deutschen Sonderweg von 1880 bis 1945, der sich auf die Verbindung zwischen preußischem Militär- und Obrigkeitsstaat und liberalem Bürgertum gründete und in der Kontinuität der wirtschafts- und machtpolitischen Zielsetzungen dieser Kreise seinen Ausdruck fand. Die bei dem Übergang von einem geschlossenen Agrarstaat zu einem imperialen Industriestaat auftretenden Spannungen zwischen monarchisch-feudalen und bürgerlich-kommerziellen Strukturen konnten nur durch ein Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft und Militär bei gemeinsamen expansiven, kontinentaleuropäischen und überseeischen Zielvorstellungen aufgelöst werden. Nach dem Ersten Weltkrieg, der – nach Fischer – letztlich gewollt oder zumindest ein kalkuliertes Risiko auf dem Durchbruch zur Weltmacht war, wurden überkommene Machtstrukturen restauriert, allerdings mit gesteigertem Ein-

³⁸ Gerschenkron, S. 11 ff.; Hillgruber, Großmacht, S. 111 f.

³⁹ Dehio, Geschichte, S. 25 f.; Gerschenkron, S. 24 f., 38 f.; Jacobsen, Anmerkungen, S. 1 ff.; Nipperdey, Kontinuität, S. 86 ff.

⁴⁰ Dehio, Gleichgewicht, S. 215 ff.

⁴¹ Kühnste Führung, systematische Rüstung und diszipliniertes Menschentum. Dehio, Deutschland, S. 77 ff.

⁴² Dehio, Gedanken, S. 309 ff.; ders., Gleichgewicht, S. 184 ff.

fluß der Industrie auf Kosten des Adels. Seit den 30er Jahren trug dann das Militär wesentlich zur Stabilisierung dieses Bündnisses der alten Eliten bei, das seine expansionistischen Ziele beibehalten hatte und seine Massenbasis schließlich mit Hilfe Hitlers gewann⁴³.

Die Frage nach der Kontinuität in der Geschichte des Deutschen Reiches wird in der heutigen deutschen Geschichtsschreibung, zumeist unter Einbeziehung der Frage des deutschen Sonderweges, im wesentlichen von zwei Ansätzen ausgehend beantwortet: einem primär außenpolitischen und einem mehr innen-, wirtschafts- und sozialpolitisch orientierten⁴⁴. Die den Primat der Außenpolitik in den Vordergrund stellenden Überlegungen von Andreas Hillgruber gehen von weitverbreiteten Gedanken an eine kontinentale Hegemonie und Vorstellungen eines überseeischen Reiches schon im deutschen Vormärz aus. Aber erst die von einem unausweichlichen kriegerischen Zusammenstoß in Europa ausgehende Politik des „Neuen Kurses“ habe die der deutschen Mittellage angemessene Kompensationsstrategie Bismarcks zugunsten einer expansiven kontinentaleuropäischen und einer überseeischen Strategie aufgegeben. Zwar habe es dabei Präventivkriegsvorstellungen gegeben, aber niemals eine zielbewußte Politik, die auf einen Krieg hinarbeitete. Erst im Verlauf des Ersten Weltkrieges sei es zu tiefgreifenden Veränderungen in den Groß- und Weltmachtvorstellungen gekommen: zur Schaffung eines Ostimperiums und zu konkreten Plänen kolonialpolitischer Ausbeutung. Hitler fügte nach den Jahren der ökonomisch orientierten revisionistischen Außenpolitik in der Weimarer Republik⁴⁵ die nebeneinander existierenden außenpolitischen Strategien des Kaiserreiches zu einem, wenn auch qualitativ neuen Gesamtkonzept zusammen. Trotz unterschiedlichen Einflusses zu verschiedenen Zeiten lasse sich daher insbesondere eine Kontinuität militärpolitisch akzentuierter, expansionistischer außenpolitischer Zielvorstellungen während des Bestehens des Deutschen Reiches feststellen⁴⁶.

Der von modernisierungstheoretischen Überlegungen ausgehende Ansatz Hans-Ulrich Wehlers⁴⁷, der Außenpolitik letztlich nur als Funktion von Ge-

⁴³ F. Fischer, Griff, S. 15 ff., 194 ff.; ders., Krieg, S. 11 ff., 61 ff. und ausführlich ders., Bündnis, passim.

⁴⁴ Zieburg, Grundfragen der Außenpolitik, S. 1 ff.

⁴⁵ Besson, S. 55 ff.

⁴⁶ Hillgruber, Hegemonie, S. 193 ff. und ausführlich ders., Großmacht, passim. Zum Nationalsozialismus und der Kontinuität in der deutschen Geschichte vgl. besonders Bracher, Diktatur, S. 525 ff., der im Nationalsozialismus zwar nichts grundsätzlich Neues sieht – alles sei schon einmal im 19. Jahrhundert dagewesen –, aber auch keine glatte Kontinuität feststellen kann; ebenfalls Jacobsen, Anmerkungen, S. 1 f., 19 ff., der im Nationalsozialismus einen revolutionären Umbruch mit unverkennbaren Kontinuitäten in Teilbereichen erkennt, z. B. in genuin militanten Denkkategorien, die im Nationalsozialismus schließlich so weit verfremdet werden konnten, daß Krieg als legitimes Mittel zur Auslese der besten Rasse angesehen wurde; außerdem Röhl, From Bismarck to Hitler, S. 117, 145, der im Nationalsozialismus eine Synthese von Bismarck-Reich und Weimarer Republik erkennen will. Vgl. auch Hildebrand, Außenpolitik, S. 13 ff.

⁴⁷ Wehler, Kaiserreich, S. 228 ff.

sellschaftspolitik ansieht, erkennt nach der 1848er Revolution in der „Neuen Ära“ einen weiteren gescheiterten Versuch des Bürgertums, die politische Macht zu gewinnen⁴⁸. Die Struktur des preußisch-deutschen Obrigkeitsstaates und seines autonomen Militärwesens sei schließlich unangetastet geblieben. Trotz partieller Modernisierungen in der Wirtschaft hätten sich auch im Kaiserreich die soziopolitischen Machtstrukturen als stabil genug erwiesen, um die deutsche gesellschaftliche Entwicklung bis 1918 restriktiven Rahmenbedingungen zu unterwerfen. Der Führungsanspruch traditioneller Eliten mit ihrem vorindustriellen Wertesystem sei aufrechterhalten worden. Innenpolitische Herrschaftstechniken der negativen Integration und Integrationsideologien wie der Sozialimperialismus und schließlich die rassistische Rechtfertigung äußerer Expansion hätten zu einer Feudalisierung des Bürgertums mit beigetragen, zu seinem Verzicht auf politische Macht und Demokratisierung zugunsten expansionistischer Wirtschaftsziele⁴⁹. Selbst die Einschnitte 1918 und 1933 seien nicht tief genug gewesen, diese historischen Belastungen für den Modernisierungsprozeß zu beseitigen⁵⁰. Der Nationalsozialismus könne daher – so Wehler – nicht allein aus den Problemen nach dem Ersten Weltkrieg erklärt werden. Vielmehr habe sich der Einfluß der Führungseliten des Kaiserreiches in der Weimarer Republik durch Kontinuitäten in Militär, Diplomatie, Bürokratie und Parteien, in der Wirtschaft und in Interessenverbänden, im Bildungswesen und letztlich auch in der Anfälligkeit der Bevölkerung für autoritäre Politik fortgesetzt. Die traditionellen Machteliten seien zum Steigbügelhalter für Hitler und seine rassistische Außenpolitik geworden⁵¹.

⁴⁸ W. Schieder, *Revolution*, S. 13 ff.; vgl. auch die Untersuchung von Winkler über den preußischen Liberalismus der 50er und 60er Jahre des 19. Jahrhunderts in dessen Buch *Liberalismus*.

⁴⁹ Vgl. dazu auch Stürmer, *Bismarcks Deutschland*, S. 20 f.; ders., *Konservatismus*, S. 143 ff., 162 f., sowie Winklers Studien über den Wandel der Werte und Ziele des Bürgertums 1866–1879, auch unter dem Aspekt des Funktionswandels des Nationalismus, Winkler, *Machtverzicht*; ders., *Emanzipation*.

⁵⁰ Kolb, S. 108 f.

⁵¹ Ausführlich Wehler, *Kaiserreich*, S. 212 ff., 238 ff. Vgl. dazu auch die These, Faschismus sei nur dort möglich, wo starke vorindustrielle Eliten wie grundbesitzender Adel, Militär und Bürokratie ihre Herrschaftsposition über die industrielle Revolution hinwegretten konnten, Winkler, *Einleitung zu Stern/Winkler*; ebenso die Auffassung W. J. Mommsens, die Machtergreifung sei zu keinem Zeitpunkt unabwendbar gewesen, die leichtfertige Politik der großagrarischen und industriellen Führungseliten habe Hitler als einzigen Ausweg aus einer Krise um Staat und Gesellschaft gesehen, W. J. Mommsen, *Flucht*. Kritik an diesem Ansatz und dem damit begründeten deutschen Sonderweg ist in letzter Zeit von ausländischen Wissenschaftlern geäußert worden. D. Blackburn und G. Eley, die mehr von einer immanenten Sicht des Kaiserreiches ausgehen, beklagen die zu große Orientierung an der Modernisierungstheorie und den damit implizierten Bezug auf eine idealtypische Entwicklung Englands und der Notwendigkeit einer Demokratisierung als Ergänzung der Industrialisierung. Eine

Diese Überlegungen zur Kontinuität in der Geschichte des Deutschen Reiches verweisen, wenn auch von verschiedenen Ansätzen ausgehend, auf die Bedeutung von Wirtschaft und Militär in der Außenpolitik. Ein Einfluß der Wirtschaft auf die Politik läßt sich schon für die 60er Jahre des 19. Jahrhunderts feststellen, als auf wirtschaftlichem Gebiet die kleindeutsche Lösung bereits vorentschieden wurde⁵². Bismarcks Politik des pragmatischen Expansionismus war vor allem eine antizyklische Konjunkturpolitik, die Protektionismus und Exportsubventionen zugunsten der deutschen Wirtschaft durchsetzte, ohne dabei zunächst Kolonialerwerbungen anzustreben. Doch scheiterten Bismarcks Bemühungen, das Reich in Übersee nicht unmittelbar politisch zu engagieren, letztlich an der allgemein sich ausbreitenden Tendenz der Großmächte, staatliche Formen kolonialer Herrschaft über fremde Territorien auszubilden⁵³.

Da sich die territoriale Ausdehnung der Märkte jedoch nicht unbegrenzt fortsetzen ließ und sich zudem der generelle Antagonismus der europäischen Staaten in ihrer imperialen Politik widerspiegelte⁵⁴, waren die ökonomischen Elemente nicht die einzigen, die dem Imperialismus eine neue Qualität verliehen. Die ökonomische, insbesondere aber die politische und kulturelle Expansion bediente sich zunehmend der Mittel der politischen Herrschaft in Form kolonialer Inbesitznahme. Vor allem das zu spät auf den Weltmarkt gekommene Deutschland setzte hierbei verstärkt politische und militärische Machtmittel ein, um den Anschluß nicht zu verpassen. Innen- und außenpolitische Gründe, Überwindung gesellschaftlicher Spannungen und Aufstieg zur Weltmacht, bestimmten daher noch vor ökonomischen Motiven die imperiale Politik des Deutschen Reiches in der Zeit nach Bismarck⁵⁵.

Der „Depressionsimperialismus“ wurde zwar Mitte der 90er Jahre durch einen „Konjunkturimperialismus“ abgelöst⁵⁶, strukturbedingte Schwächen, wie eine unzureichende Kapitalbasis, eine geringe Geschlossenheit der Industrie,

bürgerliche Gesellschaft, die gar nicht, wie es das sogenannte Scheitern der Bürgerlichen Revolution immer suggeriere, auf eine Demokratisierung bedacht gewesen sei, sondern rein ökonomische Ziele angestrebt habe, habe sich in großen gesellschaftlichen Teilbereichen fest etablieren können. Blackbourn/Eley. D. Calleo stellt eine eigenständige Entwicklungstheorie für die deutsche Gesellschaft in Frage und hebt die Gemeinsamkeiten des politischen, sozialen und ökonomischen Modernisierungsprozesses aller westlichen Gesellschaften hervor.

⁵² Durch den preußisch-französischen Handelsvertrag von 1862. Mit der Orientierung nach Westeuropa wurden die österreichische Nordsee-Adria-Konzeption und der Mitteleuropaplan abgewehrt. Böhme, Politik, S. 34 f.; Treue, Wirtschaft, S. 193 ff.

⁵³ Rosenberg, Bismarckzeit, S. 268 ff. Ausführlich auch Geiss, S. 44 ff.; Valentin, S. 42 ff.; Wehler, Krisenherde, S. 135 ff.

⁵⁴ Schulz, S. 96 ff., 137 ff.

⁵⁵ W. J. Mommsen, Phänomen, S. 14 ff.; Böhme, Thesen, passim; Ziebur, Imperialismus, S. 516; ders., Faktoren, passim; Baumgart, S. 70 f., 102 f.; Hallgarten, Imperialismus, Bd 1, S. 56 ff.; Schulz, S. 154 ff.

⁵⁶ Wehler, Bismarcks Imperialismus, S. 235 ff.

vor allem eine fehlende Zusammenarbeit von Außenpolitik und Außenwirtschaft, blieben aber weiterhin bestehen⁵⁷. Der Erste Weltkrieg bedeutete dann das Ende des liberalen Welthandels; nach Kriegsende entstand keine neue internationale Wirtschaftsordnung⁵⁸. Die staatliche Bevormundung der deutschen Wirtschaft aus der Kriegszeit konnte bei den bestehenden wirtschaftlichen und politischen Problemen der Nachkriegszeit nie ganz beseitigt werden. Auch nach ihrer Stabilisierung 1923/24 blieb die deutsche Wirtschaft äußerst labil und anfällig. Die Weltwirtschaftskrise Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre ließ schließlich Autarkieprogramme zur Lösung wirtschaftlicher Probleme als besonders vordringlich erscheinen. In der letzten Phase des Deutschen Reiches mußte sich die Wirtschaft machtpolitisch ideologischen Zielsetzungen unterordnen, da der Nationalsozialismus Autarkiekonzepte instrumentalisierte, um das Deutsche Reich wirtschaftlich auf den Krieg vorzubereiten⁵⁹.

Das Militär konnte sowohl bei der politisch bedeutsamen Reorganisationsfrage Anfang der 1860er Jahre⁶⁰ als auch bei der Reichsgründung seine politischen und sozialen Vorstellungen durchsetzen, neben der zivilen Führung als gleichberechtigte Instanz bestehen zu bleiben und damit seine Sonderstellung zu wahren. Bismarck hielt auch nach 1871 an dem Bündnis mit der Armee fest und hat trotz seines verfassungsrechtlichen und politischen Kompromisses durchaus in ihrem Sinn gehandelt. Der Primat der Politik galt in der Bismarckzeit in der Außenpolitik jedoch als gesichert. Bestärkt durch die Einigungskriege und in ihrem Selbstverständnis als Garant des innenpolitischen Systems entwickelte die militärische Führung, insbesondere nach 1890, ein eigenes Rollenverständnis und eine eigene Auffassung von Politik. Der militärische Monopolanspruch auf die Vorbereitung, Auslösung und Durchführung eines Krieges blieb bis 1918 aufrechterhalten⁶¹.

In der Weimarer Republik stand die Frage einer bewaffneten Macht als Folge der Restriktionen des Versailler Vertrages bei den traditionellen zivilen Eliten zunächst im Hintergrund. Bis 1923 konnte die im wilhelminischen Geist erzogene Militärführung lediglich im stillen alte Weltmachtvorstellungen neu entwickeln, ohne daß diese jedoch politisch wirksam wurden. Erst nach dem ungünstigen Verlauf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz 1929 und infolge der Weltwirtschaftskrise, welche die deutsche Schwerindustrie besonders hart traf, versuchte die militärische Führung, allmählich wieder eine eigenständige Politik zu betreiben, die auf eine internationale Gleichberechtigung in allen Rüstungsfragen hinauslaufen sollte⁶².

⁵⁷ Zieburg, Imperialismus, S. 507 ff.

⁵⁸ Th. Schieder, Weltmächte, S. 20 ff.

⁵⁹ W. Fischer, passim.

⁶⁰ Ritter, Bd 1, S. 159 ff.

⁶¹ Berghahn, Flottenrüstung, S. 386 ff.; ders., Rüstung, S. 14 f., 23 ff., 47 ff.; Hillgruber, Kontinuität, S. 22; Messerschmidt, Armee, S. 94 ff.; ders., Militär, S. 1 ff., 117 ff.

⁶² Hillgruber, Kontinuität, S. 37 ff.; ders., Militarismus, passim.

Als mit dem Scheitern der bilateralen Gespräche mit Frankreich und der Rüstungskontrollverhandlungen Anfang der 30er Jahre letztlich auch die konservative revisionistische Außenpolitik fehlschlug, meldete die Reichswehr daher den alten Monopolanspruch, allein über die Sicherheit des Staates entscheiden zu können, wieder an. Sicherheit sollte durch Aufrüstung garantiert werden. Mit dieser Politik lag die militärische Führung ganz auf der Linie der nationalsozialistischen „Wiederwehrhaftmachung“, die ihrerseits versuchte, an den preußischen Militarismus anzuknüpfen⁶³. Bei fortschreitender Militarisierung der Außen- und Außenhandelspolitik, insbesondere bei der Rohstoffzufuhr, wurden die wirtschaftlichen und politischen Grenzen der Aufrüstung jedoch schon bald sichtbar. Die Aufrüstung führte letztlich nicht zu einer machtpolitischen Sonderstellung des Militärs und zur nationalen Sicherheit, sondern zu einer Gleichschaltung der militärischen Elite und zu einer unabwägbaren Erhöhung des Kriegsrisikos⁶⁴.

b) Fragestellung, methodischer Ansatz und Forschungsstand

Die folgende Untersuchung soll nun nicht, ausgehend von einem deutschen Sonderweg, mögliche unterschiedliche Methoden bei der Durchdringung Chinas im Vergleich zu anderen Großmächten aufzeigen oder gar die von starker Kontinuität und dem Einfluß des Militärischen geprägte deutsche und chinesische Gesellschaftsentwicklung seit Mitte des 19. Jahrhunderts vergleichend analysieren. Vielmehr gilt es vor allem, die Kontinuität und Diskontinuität in der Chinapolitik des Deutschen Reiches darzustellen und – wo immer möglich – deren Stellenwert für die deutsche Außenpolitik und deren Wirkung auf die Modernisierung in China herauszuarbeiten. In einer Art Ausblick sollen schließlich die Strukturen der deutsch-chinesischen Beziehungen bis in die Gegenwart nachgezeichnet werden, um unter der Perspektive der Kontinuität die Nachkriegsentwicklung deutscher Chinapolitik und deren gegenwärtige Phase kritisch zu betrachten. Hingegen scheint es durchaus legitim zu sein, die Frage nach den Auswirkungen der chinesischen Außenpolitik auf das Deutsche Reich auszuklammern, da grundsätzlich davon ausgegangen werden kann, daß es einen chinesischen Einfluß auf die politische, militärische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland nie gegeben hat.

Je weiter das Ende des Deutschen Reiches in die nicht mehr unmittelbar erlebte Vergangenheit rückt, desto stärker werden die Tendenzen, von einer gleichbleibenden Identität seiner politischen Strukturen sowie von einem monolithischen Block der sozialen Führungsschichten und politisch relevan-

⁶³ Besson, S. 60 ff.; Bracher, Diktatur, S. 28 ff.

⁶⁴ Hillgruber, Großmacht, S. 62 ff.; ausführlich und umfassend Geyer, Aufrüstung, passim.

ten Gruppen auszugehen⁶⁵. Bei aller Gleichheit der außen- und gesellschaftspolitischen Ziele der traditionellen Eliten stellt sich jedoch weiterhin die Aufgabe, nicht nur ihre unterschiedlichen Interessen, Motive und Handlungsweisen sowie die Machtverteilung untereinander zu untersuchen, sondern auch innerhalb der einzelnen Führungsgruppen stärker zu differenzieren. Ein weiteres Anliegen der Arbeit ist es daher, bei der Darstellung der deutschen Chinapolitik Phänomene wie Militär, Wirtschaft und Politik nicht als in sich geschlossene Einheiten zu betrachten, sondern ihre verschiedenen Erscheinungsformen anhand konkreter Aktionen aufzuzeigen und Teilaspekte ihres vielfältigen Spektrums zu verdeutlichen. Daß Handel, Industrie und Banken völlig unterschiedliche Ansichten und Strategien vertreten können, ist hinlänglich bekannt. Das Gleiche ist jedoch auch für Militärbehörden und Militärberater oder Diplomaten und Politiker anzunehmen.

Primäres Problem wird es allerdings bleiben, herauszufinden, welche Führungsgruppe zu welchem Zeitpunkt die deutsche Chinapolitik bestimmte und inwieweit sie dabei ihre eigenen Zielvorstellungen durchzusetzen vermochte. Denn es scheint höchst zweifelhaft, angesichts der außenpolitischen Entwicklung des Deutschen Reiches, daß allein – wie oftmals behauptet – wirtschaftliche Interessen die Beziehungen zu China prägten. Dabei ist es von großer Bedeutung, welche Partner die verschiedenen deutschen Kreise in China fanden, welche Erwartungen ihnen entgegengebracht, welcher Widerstand ihnen entgegengestellt wurde und welche Kräfte im Reich der Mitte die Deutschen letztlich – bewußt oder unbewußt – förderten, nämlich restaurative oder revolutionäre.

Das Herausarbeiten unterschiedlicher oder gleicher Phasen deutscher Chinapolitik verlangt aber nicht nur einen vertikalen Schnitt durch die deutsch-chinesischen Beziehungen auf der Zeitachse, sondern von ebenso großer Wichtigkeit scheint es auch zu sein, eine horizontale Schnitthlinie anzulegen und damit notwendige Verknüpfungen und Einordnungen vorzunehmen. Die Politik der anderen Großmächte darzustellen, erhält dabei einen hohen Stellenwert, zum einen, um die internationale Lage zu umreißen und die Freiräume zu beschreiben, die der deutschen Fernostpolitik blieben, zum anderen, um das Konkurrenzverhältnis auf dem chinesischen Markt zu veranschaulichen und darüber hinaus – vor allem im Hinblick auf Japan – mögliche Alternativen für das Deutsche Reich in Ostasien anzudeuten. Ebenso erscheint es unverzichtbar, auf die Grundzüge deutscher Außen-, Wirtschafts- und Militärpolitik, aber auch auf damit verbundene wesentliche Aspekte deutscher Innen- und Gesellschaftspolitik als Basis und Voraussetzung jeglicher Aktivitäten Deutschlands in China einzugehen. China selbst und seine innere, wirtschaftliche, äußere und militärische Entwicklung müssen gleichfalls beleuchtet werden, um die Bedingungsfaktoren aufzuzeigen, unter denen deutsche Interessen im Reich der Mitte wirksam werden konn-

⁶⁵ Hillgruber, Großmacht, S. 109 ff.

ten. Die Großmächte, China und die deutsche Politik sollen jedoch nicht lediglich als Hintergrund deutsch-chinesischer Beziehungen betrachtet werden, sondern ihnen gebührt gewissermaßen als Nährboden für die Chinapolitik Deutschlands größere Bedeutung.

Daraus resultieren für die Art der Darstellung einige Probleme, da gleichzeitige Abläufe in der internationalen, der deutschen und der chinesischen Politik hintereinander und getrennt von den eigentlichen Fragen der deutsch-chinesischen Beziehungen untersucht werden müssen, um deren zeitliche und inhaltliche Verknüpfung nicht zu verdecken. Die eigentliche Gliederung und der zeitliche Rahmen der einzelnen Kapitel ergeben sich aus der engen Anlehnung an Epochen der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung in China und Deutschland: Die Aufnahme politischer Beziehungen zwischen Preußen, auch als Vertreter anderer deutscher Staaten, und China 1861 fällt in die für den weiteren Fortgang des Deutschen Reiches so wichtige Phase der „Neuen Ära“ und gleichzeitig in die letzte Phase des gewaltsamen Eindringens der Großmächte in China. Der erste Ausbau der Beziehungen findet in den zeitlich etwa kongruenten Epochen der Bismarckzeit und der T'ung-Chih-Restauration sowie der parallel laufenden chinesischen „Selbststärkungsbewegung“ statt. Die wilhelminische Weltpolitik und die Reform- und Revolutionsbewegung in China kennzeichnen den Hintergrund der weiteren Entwicklung bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges. Die Zeit der intensivsten Beziehungen des kaiserlichen Deutschland zu China bis zum chinesischen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem Deutschen Reich stehen im Mittelpunkt der folgenden Zwischenphase deutsch-chinesischer Geschichte. Die Epoche der Weimarer Republik, die Wiederannäherung Deutschlands und Chinas und der Aufstieg der Kuomintang zur Macht sowie die anschließende Stabilisierung der chinesischen Nationalregierung fallen zeitlich ungefähr zusammen. Auch die nationalsozialistische Herrschaft hat ihr – zumindest zeitliches – Gegenstück in dem nach innerer und äußerer Festigkeit trachtenden Regime Chiang Kai-sheks.

Wenn auch der Schwerpunkt der Untersuchung wegen der besonderen politischen Bedeutung des Militärs sowie der Aggressivität deutscher Außen- und Außenwirtschaftspolitik in diesen Zeiträumen eindeutig – auch vom Umfang her – auf den Epochen des Hochimperialismus und des Nationalsozialismus liegt, so kommt doch auch den Zwischenzeiten ein nicht zu unterschätzender Stellenwert zu, um allmähliche Veränderungen oder kurzfristige Neuerungen überhaupt aufzeigen zu können. Wird der Anfangs-, Übergangs- und Endphase der deutsch-chinesischen Beziehungen von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1945 je ein eigenständiges und in sich geschlossenes Kapitel gewidmet, so soll die deutsche Chinapolitik im Bismarckreich, im „Wilhelminismus“, in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“ in Unterkapiteln, jeweils mit anderer Schwerpunktsetzung abgehandelt werden. Dabei nehmen sich die mittleren Kapitel hauptsächlich bestimmter, bisher wenig in den Vordergrund gerückter Themenkomplexe ausführlicher an: den beginnenden Rüstungsexporten und den frühen Interessen der Reichsmarine in

China, Kiaochoh und dessen wirtschaftlichen Problemen, den ersten Kontakten zwischen der Kuomintang und der Reichsregierung sowie der von den Nationalsozialisten angestrebten Verstaatlichung des deutsch-chinesischen Handelsverkehrs.

Die Bereitschaft, China verständnisvoll entgegenzutreten, war im Abendland des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts noch weitaus geringer als das Entgegenkommen der Chinesen gegenüber dem Westen. Obwohl relativ gute Informationen über das Reich der Mitte vorlagen, widmete die Wirtschaft China nur wenig Aufmerksamkeit, maß die chinesische Gesellschaft an eigenen abendländischen Vorstellungen und konnte ihre Geringschätzung nicht verbergen. Erst in den 1920er Jahren und dann besonders nach dem Zweiten Weltkrieg beschäftigten sich die westlichen Staaten, über die praktischen Bedürfnisse im Gefolge kolonialer Ausbeutung hinausgehend – das Erlernen der chinesischen Sprache sei hier als Beispiel genannt –, intensiver mit der Entwicklung Chinas, seiner Kultur und seiner Rolle als Objekt in den Auseinandersetzungen mit dem Westen. Besonders die Amerikaner, die sich durch ihre pazifische Küste Ostasien in politischer, strategischer und kultureller Hinsicht ganz anders verbunden fühlen als die Europäer, taten sich bald auf diesen Gebieten hervor⁶⁶.

An westlicher Literatur über das China des 19. und 20. Jahrhunderts mangelt es daher nicht, um an notwendige Erkenntnisse zur Bearbeitung des Untersuchungsgegenstandes in dem oben gesteckten Rahmen auch ohne Beherrschung der chinesischen Sprache zu gelangen. Hervorgehoben seien an dieser Stelle die Trilogie von Jean Chesneaux⁶⁷ sowie die Bände 10–12 der „Cambridge History of China“⁶⁸, die in vorbildlicher Weise die gesamtgesellschaftliche Entwicklung Chinas seit dessen gewaltsamer Öffnung bis Ende der 1970er Jahre unter besonderer Berücksichtigung des westlichen Einflusses abhandeln. Auch deutsche Studien entsprechen durchaus dem internationalen Standard, sowohl die Gesamtdarstellungen, wie die Arbeiten von Bodo Wiethoff, Gottfried-Karl Kindermann und Wolfgang Franke⁶⁹, als auch die Untersuchungen einzelner spezieller Epochen und Fragestellungen. Für das chinesische Kaiserreich sei hier stellvertretend das Werk gleichen Titels von Herbert Franke und Rolf Trauzettel genannt. Für das Studium der Kuomintang-Herrschaft kann immer noch nicht verzichtet werden auf Jürgen Domes „Vertagte Revolution“. Ideologie und Politik der drei bekanntesten Staatsmänner Chinas im 20. Jahrhundert behandelt Marie-Luise Näths Studie, „Chinas Weg in die Weltpolitik“, hingegen nimmt sich Gottfried-Karl Kindermanns

⁶⁶ W. Franke, China, S. 117 ff.

⁶⁷ Chesneaux.

⁶⁸ Fairbank/Twitchett (Hrsg.), Bde 10, 11, 12.

⁶⁹ Wiethoff, Ältere Geschichte; ders., Neuere Geschichte; Kindermann, Ferner Osten; W. Franke, China; ders., Jahrhundert; das China-Handbuch, ebenfalls von W. Franke herausgegeben, bedarf eigentlich keiner besonderen Erwähnung; erwähnenswert auch Eberhard.

Aufsatzsammlung, „Chinas unbeendeter Bürgerkrieg“, stärker der Nachkriegsentwicklung und der Probleme zwischen der Volksrepublik und Taiwan an. Selbst die DDR-Historiographie, die seit den 1960er Jahren, der Sowjetunion folgend, das Reich der Mitte weitgehend ignorierte, hat 1975 in einer Neuauflage der aus dem Russischen übersetzten Gesamtdarstellung „Neueste Geschichte Chinas“ durchaus wieder ihr grundsätzlich vorhandenes Interesse an der Geschichte Chinas signalisiert.

Wesentlich erleichtert haben beachtenswerte amerikanische Studien die gerade für diese Untersuchung wichtige Bearbeitung der Frage nach der militärischen Modernisierung Chinas. Behandelt Ralph L. Powells Darstellung „The Rise of Chinese Military Power“ den Zeitraum nach dem chinesisch-japanischen Krieg 1894/95 bis zum Ersten Weltkrieg, so beschäftigt sich die wissenschaftlich nicht immer zuverlässige Arbeit von F. F. Liu, „A Military History of Modern China“, stärker mit den militärischen Modernisierungsversuchen der Kuomintang. Aber auch für die ersten militärischen Erneuerungsbehebungen der „Selbststärkungsbewegung“ der 1860er bis 1880er Jahre liegen zahlreiche Einzelstudien vor, die ein eindrucksvolles Gesamtbild ergeben. Besonders gelungen sind die Arbeiten von Stanley Spector, „Li Hung-chang and the Huai Army“, und von Thomas L. Kennedy, „The Arms of Kiangnan“. Läßt sich die „Rahmenbedingung China“ für die vorliegende Untersuchung der deutschen Chinapolitik relativ mühelos aus der vorhandenen Literatur erarbeiten, so trifft dies auch für die Politik der anderen Großmächte gegenüber dem Reich der Mitte und erst recht für die Grundlinien der deutschen Außen-, Wirtschafts- und Rüstungspolitik zu, für die es eine Reihe bekannter und deshalb nicht mehr gesondert zu erwähnender Standardwerke, insbesondere der deutschen Historiographie gibt⁷⁰. Bei der Darstellung der amerikanischen, französischen, englischen, japanischen und russischen Beziehungen zu China hat sich allerdings die deutsche Forschung nach dem Zweiten Weltkrieg bisher verhältnismäßig zurückgehalten⁷¹. Ausnahmen bilden hier nur die Studie von Hans-Ulrich Wehler, „Der Aufstieg des amerikanischen Imperialismus“, und die erst kürzlich erschienene „Mikrountersuchung“ von Jürgen Osterhammel, „Britischer Imperialismus im Fernen Osten“⁷². Hingegen fehlt es nicht an ausgezeichneten angelsächsischen Untersuchungen zur Gesamtproblematik westlichen Eindringens und Vorgehens in China⁷³ und auch nicht an Einzelstudien für die Chinapolitik bestimmter Länder⁷⁴.

⁷⁰ Neben den in Abschnitt a) bereits vorgestellten Studien seien noch exemplarisch erwähnt: zur deutschen Wirtschaftspolitik Böhme, Deutschlands Weg; Henderson, Rise; Petzina, Zwischenkriegszeit; zur deutschen Außenpolitik: Hildebrand, Drittes Reich; Hillgruber, Bismarcks Außenpolitik; Weinberg.

⁷¹ Von der älteren Literatur erwähnenswert O. Franke, Großmächte; Suhl.

⁷² Weniger gelungen ist die Arbeit von Verchau, Europa.

⁷³ Einige wenige Titel seien genannt: Hsü, Entrance; Morse/McNair; Teng; Willoughby, Rights.

⁷⁴ Für die Beziehungen der USA zu China exemplarisch Thomson; für die Beziehungen Großbritanniens zu China Endicott; Steeds/Nish; L. Young.

Die angloamerikanische Geschichtsschreibung hat sich auch in umfangreichen Arbeiten speziell der deutsch-chinesischen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg angenommen und bisher auf diesem Sektor mehr geleistet als die west- und ostdeutsche Forschung zusammen. Durch die Studien von Lorne E. Glaime, „Sino-German Relations 1919–1925“, Gary A. Burden, „German Policy Towards China“, und John P. Fox, „German Policy and the Far Eastern Crisis 1931–1938“, dürfen die diplomatiegeschichtlichen Aspekte der deutschen Chinapolitik in der Zwischenkriegszeit als einigermaßen aufgearbeitet gelten⁷⁵. Die deutsche Historiographie hat dazu lediglich durch einige Einzelstudien und Aufsätze beigetragen⁷⁶, die allerdings, wie vor allem die von Bernd Martin besorgte Aufsatzsammlung „Die deutsche Beraterschaft in China“, durchaus an die Arbeiten aus dem angelsächsischen Sprachraum anknüpfen können.

Das Thema Beraterschaft in den 1930er Jahren ist augenfällig der am besten durchleuchtete Einzelaspekt der deutsch-chinesischen Beziehungen vor dem Zweiten Weltkrieg. Schon lange vor der grundlegenden Arbeit von Jerry B. Seps, „German Military Advisers and Chiang Kai-shek“, wurde in der DDR die allerdings ideologisch verbrämte Dissertation von Karl Mehner, „Die Rolle deutscher Militärberater als Interessenvertreter des deutschen Imperialismus und Militarismus in China“, vorgelegt. Eine Einordnung der deutschen Chinapolitik erfolgte bei diesem Schwerpunkt ebenfalls nur bedingt, da Langzeitanalysen, welche die deutsch-chinesischen Beziehungen vom Deutschen Kaiserreich über die Weimarer Republik bis zum „Dritten Reich“ verfolgen, nicht vorlagen und auch bis heute nur wenige Versuche in dieser Richtung unternommen worden sind: Die Arbeit von Chen Chi, „Die Beziehungen zwischen Deutschland und China bis 1933“, beschäftigt sich auf wenigen Seiten mit dem deutsch-chinesischen Verhältnis von 1895 bis zum Ersten Weltkrieg⁷⁷. Werner Stingls faktenreiche Übersichtsstudie, „Der Ferne Osten in der deutschen Politik vor dem Ersten Weltkrieg“, endet 1914. Allein Fritz van Briessens „Grundzüge der deutsch-chinesischen Beziehungen“ versuchen, den Bogen vom frühen 19. Jahrhundert bis in die 1970er Jahre zu schlagen⁷⁸; doch handelt es sich bei dieser wissenschaftlich nicht immer zuverlässigen Darstellung eher um die Fortsetzung einer traditionsreichen journalistischen Geschichtsschreibung über den Fernen Osten in Deutschland, die mit den Expertisen von Gustav Amann und Lily Abegg bereits in den 1930er und 1940er Jahren zwei „Klassiker“ hervorbrachte.

⁷⁵ Wesentliche Erkenntnisse für die deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu Kuomintang (KMT)-China dürften sich auch aus der eben erst erschienenen Studie von Kirby, Germany, ergeben, die allerdings für die vorliegende Arbeit nur noch partiell ausgewertet werden konnte.

⁷⁶ Bloß, Zweigleisigkeit; Nieh, Entwicklung; W. Sommer.

⁷⁷ Ihr Pendant findet sie in der Untersuchung von Feng.

⁷⁸ Vgl. auch Ruland.

Darüber hinaus hat es einzig die „Firmengeschichtsschreibung“ noch vermocht, zusammenhängende Darstellungen der deutsch-chinesischen Beziehungen über einen größeren Zeitraum vorzulegen, bei denen natürlich die militärischen und politischen Aspekte eher im Hintergrund bleiben und nicht gleichberechtigt neben den wirtschaftlichen stehen. Adolf Hänisch, „Jebsen und Co. Honkong“, und Marianne Möring, „Siemssen und Co.“ gehören zu den wenigen Arbeiten, die es über die Verbindungen zwischen Deutschland und China in den letzten 100 Jahren gibt.

Westdeutsche Monographien mit historischen Fragestellungen über die deutsch-chinesischen Beziehungen erschienen nach dem Zweiten Weltkrieg erst mit großer zeitlicher Verzögerung⁷⁹. Intensiver wurde dieser Bereich zunächst von der DDR-Geschichtsschreibung behandelt, deren Interesse erst mit der politischen Entfremdung zwischen Moskau und Peking spürbar nachließ. Die DDR-Historiker befaßten sich dabei vor allem unter den Stichworten Militarismus und Imperialismus mit Themenkomplexen aus der Zeit des Deutschen Kaiserreiches: Helmut Stoecker, „Deutschland und China im 19. Jahrhundert“, Otto Kindzorra, „Die Chinapolitik des deutschen Imperialismus“, und Werner Loch, „Die imperialistische deutsche Chinapolitik 1898–1901“. Ihr wesentlichstes Verdienst war es, erstmals, wenn auch in ideologischer Sichtweise, Zusammenhänge und kontinuierliche Entwicklungen herausgearbeitet zu haben.

Auch die Historiker in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten sich zunächst mit den deutsch-chinesischen Beziehungen vor dem Ersten Weltkrieg, jedoch gingen sie dabei – ähnlich wie die späteren Studien über die 1930er Jahre – stärker auf Einzelaspekte ein⁸⁰. Bis heute hat diese „Tradition“, sich mehr auf spezielle, eng umrissene Sachfragen in der Darstellung deutscher China- und Fernostpolitik zu konzentrieren, keine Änderung erfahren. Von wenigen Ausnahmen abgesehen⁸¹, sind auf diese Weise in den letzten Jahren solide Einzelstudien entstanden, wie z. B. von Vera Schmidt, „Die deutsche Eisenbahnpolitik in Shantung“, Yü Wen-tang, „Die deutsch-chinesischen Beziehungen von 1860–1880“ und Gabriele Ratenhof, „Das Deutsche Reich und die internationale Krise um die Mandschurei 1931–1933“. Nach wie vor fehlen jedoch überblicksartige Darstellungen der Grundstrukturen der deutsch-chinesischen Beziehungen, ihrer Rahmenbedingungen, ihrer konkreten Ausprägung zu bestimmten Zeiten und die Einordnung bestimmter Einzelaspekte.

Um das Thema der vorliegenden Untersuchung, das Verhältnis und der Einfluß von Militär, Wirtschaft und Politik in den deutsch-chinesischen Bezie-

⁷⁹ Wie in den 1950er Jahren – Schramm – werden auch heutzutage noch wesentliche Erkenntnisse über deutsche Interessen in China durch Studien mit eigentlich anderer Thematik gewonnen. Vgl. dazu E. Böhm; Petter, Stützpunktpolitik; Wehler, Bismarck.

⁸⁰ Hierzu zählt auch die in Deutschland entstandene Arbeit des Taiwaners K.-ch. Lee. Vgl. auch Bartsch; Peter.

⁸¹ Völlig unakzeptabel ist vor allem Maschke.

hungen von der Mitte des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts, hinreichend bearbeiten zu können, waren daher umfangreiche Quellenstudien notwendig⁸². Wie bei der Auswahl der Literatur ein Schwerpunkt mit der Bearbeitung neuerer Studien, insbesondere der Auswertung in Deutschland wenig bekannter angloamerikanischer Arbeiten, oftmals (unveröffentlichter) Dissertationen, gesetzt wurde, so war auch bei der Quellenarbeit eine Prioritätensetzung unumgänglich. Das Augenmerk lag nach der Durcharbeitung der gedruckten Aktenbestände deutscher, englischer, französischer und amerikanischer Staatsarchive vor allem auf bisher unveröffentlichtem Archivmaterial, weniger auf der Analyse von Denkschriften, Firmenschriften, Tagebüchern und sonstigen Aufzeichnungen. Mehrmonatige themenbezogene Studien wurden in folgenden Archiven durchgeführt:

- zum Bereich deutsche Politik: im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (PA) und im Bundesarchiv, Koblenz (BA) sowie in dessen Außenstelle in Frankfurt/M. (BA FfM);
- zum Bereich Militär und Rüstung in China: im Bundesarchiv/Militärarchiv, Freiburg im Breisgau (BA-MA) und im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, Abt. IV, Kriegsarchiv, München (KA);
- zum Bereich deutsche Wirtschaft in China: im Westfälischen Wirtschaftsarchiv, Dortmund (WWA), im Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (HWWA), im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HStAD), in den Staatsarchiven Münster (StAMS), Hamburg (StAHH) und Bremen (StAHB), den Archiven der Handelskammern der beiden Hansestädte Hamburg (HKHH) und Bremen (HKHB) und in verschiedenen Firmenarchiven, wie dem Historischen Archiv der Fried. Krupp GmbH, Essen (HA), dem der Mauser-Werke, Oberndorf (MA), dem Archiv der Siemens AG im Siemens-Museum, München (SAA), dem Archiv der Deutschen Bank, Frankfurt/M. (ADB) und dem der Krupp Stahl AG, Bochum (KS).

Darüber hinaus konnten die Archivbestände der einst renommierten deutschen Firma im Fernosthandel Kunst & Albers (KuA) in Hamburg sowie die Jahresberichte des Norddeutschen Lloyd in Bremen (NdLl) eingesehen werden. Interviews mit ehemaligen Mitarbeitern der (halb-)staatlichen „Handelsgesellschaft für industrielle Produkte“ (HAPRO), Friedrich Busse und Ludwig Werner, sowie mit den ehemaligen deutschen Militärberatern in chinesischen Diensten, Walther Stennes († 1983), Raimund v. Imhof und Franz Pohle, rundeten das Bild über die deutsch-chinesischen Beziehungen ab.

Am ergiebigsten gestaltete sich das Studium der Akten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, auch wenn die diplomatischen Akten bezüglich China – hier lassen sich neben politischen Berichten auch vorzügliche Unterlagen zu den militärischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in China finden – für den Zeitraum von 1870 bis 1945 nicht ganz lückenlos verfügbar sind. Neben der Unvollständigkeit älterer Bestände macht sich ins-

⁸² Eine Hilfe zur Auswahl bietet P. Kennedy, Guide.

besondere das Fehlen der von der Volksrepublik China in den 60er Jahren an die DDR zurückgegebenen Bestände der Deutschen Gesandtschaft/Botschaft Peking – insgesamt mehrere tausend Bände⁸³ – bemerkbar, die für Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland leider noch immer nicht zugänglich sind, zum Teil aber schon durch die oben erwähnten Studien von DDR-Historikern aufgearbeitet wurden. Ihr Fehlen konnte allerdings für die besonders durch Aktenverlust betroffenen Jahre von 1939 bis 1945, wenn auch nur eingeschränkt, durch den noch nicht aufgearbeiteten Bestand „Repertorium China, Akten der deutschen Gesandtschaft/Botschaft in Peking, Hankau, Shanghai, Nanking“ ausgeglichen werden⁸⁴.

Für die Chinapolitik Preußens und des Deutschen Bundes Mitte des 19. Jahrhunderts waren die Bestände der Bundeskanzleidirektion, die Akten des Bundestages und die Protokolle der deutschen Bundesversammlung, die in der Außenstelle des Bundesarchivs in Frankfurt/M. lagern, nur begrenzt aussagekräftig. Auch fehlen im Bundesarchiv Koblenz Akten anderer (ziviler) Oberster Reichsbehörden für China aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Der größte Teil dürfte sich, soweit nicht vernichtet, ebenfalls in DDR-Archiven befinden. Sie sind leider auch nicht über amerikanische Mikroverfilmungen zugänglich, ebensowenig wie die anderen Chinaakten, darunter der Nachlaß des ehemaligen deutschen Gesandten und Botschafters in China, Dr. Oskar Trautmann, die in der DDR lagern. Um aus den in Koblenz vorhandenen Akten der Reichskanzlei und der Ministerien seit den 1920er Jah-

⁸³ Vgl. Mehner, Weimar – Kanton.

⁸⁴ Bei allen aus dem PA zitierten Schriftstücken, die aus China an die Berliner Zentrale gerichtet wurden, wird, wo immer möglich, abweichend von der sonst üblichen Praxis, das Eingangsdatum des AA angegeben. Dieses vom AA selbst benutzte System, anhand dessen die Dokumente in die Faszikel eingeordnet wurden, erlaubt genau wie das Absendedatum eine eindeutige Bestimmung eines Schriftstückes. Angesichts der Tatsache, daß die Dokumente oft von den verschiedenen diplomatischen Dienststellen in China erst über die Gesandtschaft/Botschaft in Peking bzw. Nanking nach Berlin geleitet wurden und damit verschiedene Ausfertigungsdaten aufwiesen, unterschiedliche Übermittlungswege (zur See, zu Land, über eine Telegraphenverbindung) zu höchst unterschiedlichen Übermittlungszeiten führten und überdies auch mehrere Absender verzeichnet waren, wenn beispielsweise die deutsche Vertretung Berichte von Privatpersonen, Firmen, Militärberatern o. a. weiterleitete, ist zudem eine klare Identifizierung von Dokumenten anhand des Eingangsdatums weitaus einfacher. Daher ist auf diese Weise auch eine problemlose, wenig arbeitsaufwendige wissenschaftliche Nachprüfung der Belege aus der fast unübersehbaren Vielzahl von Aktenbänden des AA bezüglich China gewährleistet. Ausschlaggebend für die Wahl dieser Zitierweise war ferner, daß bei der breiten Anlage der Arbeit und dem langen Zeitraum, den sie abdeckt, Absenderangaben an Bedeutung verlieren. Die Arbeit versucht nicht, aus Datenvergleichen und Empfänger- oder Absenderangaben Rückschlüsse zu ziehen, wie das bei Kurzzeitstudien bedeutsam sein kann, sondern Entwicklungen und Tendenzen in dem umfassenden Feld deutscher Außen- und speziell Chinapolitik aufzuzeigen und durch ausgewählte Dokumente zu belegen.

ren historisch relevante Dokumente im Hinblick auf die deutsche Chinapolitik ausfindig zu machen, war oftmals große Geduld notwendig, handelt es sich doch meistens um Firmenkorrespondenzen, die von geringem Aussagewert sind. Dennoch konnten vor allem durch die Akten des Reichsfinanzministeriums einige neue Erkenntnisse für die Wirtschaftspolitik gegenüber China in der Zwischenkriegszeit gewonnen werden.

Nicht viel besser stellte sich die Situation im Bundesarchiv/Militärarchiv, Freiburg, dar. Außer den Marineakten sind alle preußisch-deutschen Militärakten aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg weitgehend vernichtet⁸⁵. Der Versuch, diese Lücke mit Hilfe bayerischer Militärakten im Kriegsarchiv München zu schließen, erwies sich, zumindest teilweise, als erfolgreich. Spezielle Probleme des Waffenhandels von deutschen und militärischen Dienststellen mit China im 19. Jahrhundert und strategische Expertisen des Großen Generalstabes über das Reich der Mitte ließen sich aus dem bayerischen Aktenmaterial herausarbeiten, das zu diesem Aspekt erstmals ausgewertet wurde. Auch für die 1920er und 1930er Jahre liegen in Freiburg nur wenige Faszikel: „Deutsche Beraterschaft in China“. Aus anderen umfangreichen Beständen, wie z. B. denen des Oberkommandos des Heeres/Generalstab des Heeres oder des Oberkommandos der Wehrmacht – Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt, konnten jedoch neue Details zu den Vorstellungen der Militärs und ihrem Vorgehen in China sowie zu Rüstungsfragen vor allem in den 30er Jahren erschlossen werden.

Ein weit größeres Spektrum an Archivmaterial stand dagegen für die Aufarbeitung der Interessen der deutschen Wirtschaft in China zur Verfügung. Ließen sich die Geschäfte und Probleme des Chinahandels zufriedenstellend aus den Archiven der Hansestädte Hamburg und Bremen und der dortigen Handelskammern, in Ansätzen auch im Hamburger Weltwirtschaftsarchiv nachvollziehen, so konnten aus den Akten der für die ehemaligen preußisch-deutschen Industrieprovinzen an Rhein und Ruhr zuständigen Behörden, die zum größten Teil im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf und im Staatsarchiv Münster lagern, kaum Rückschlüsse auf Erwartungen und Tätigkeiten der Industrie in China gezogen werden. Da auch die Bestände der Handelskammern am Niederrhein und in Westfalen zu erheblichen Teilen vernichtet sind⁸⁶ – die im Westfälischen Wirtschaftsarchiv vorhandenen Akten der Industrie- und Handelskammern Bochum und Dortmund bilden eine Ausnahme –, kam die zumeist große Bereitwilligkeit, mit der namhafte deutsche Industriefirmen, wie die Deutsche Bank als Rechtsnachfolgerin der Deutsch-Asiatischen Bank (DAB) und der Norddeutschen Lloyd, ihre eigenen Unterlagen erstmals der Forschung zur Verfügung stellten, der vorliegenden Untersuchung sehr

⁸⁵ Vgl. Berghahn, *Flottenrüstung*, S. 94; Messerschmidt, *Militär*, S. 6 f.

⁸⁶ Expertise, HStAD, RW 49/Findbuch 430.17.

zugute⁸⁷. Weniger Entgegenkommen zeigten jedoch die traditionellen hanseatischen Chinahandelshäuser und der Ostasiatische Verein (OAV), die – vermutlich in der Absicht, heutige Geschäfte nicht zu gefährden – allesamt behaupteten, kein Material aus den letzten hundert Jahren mehr zu besitzen. Um so erfreulicher und gewinnbringender war daher die Erlaubnis, den Bestand der Firma Kunst & Albers durchzusehen und auszuwerten. Wie die Interviews mit den „Old China Hands“ trug er wesentlich zum Verständnis der deutsch-chinesischen Beziehungen bei.

Die Fülle und Vielfalt des eingesehenen Aktenmaterials ergaben eine ebenso breite wie solide Basis, auf der, ergänzt durch bisherige Ergebnisse der historischen Forschung, der Versuch unternommen werden soll, zum ersten Mal eine spezifische Langzeitanalyse von fast hundert Jahren deutsch-chinesischer Beziehungen durchzuführen. Indem die vorliegende Arbeit Motive und Zielsetzungen wirtschaftlicher, militärischer und politischer Interessen im Verhältnis des Deutschen Reiches zum Reich der Mitte über einen längeren Zeitraum darlegt, will sie Kontinuitäten und Bruchstellen in der deutschen Chinapolitik nachzeichnen, die, eingebettet in den Gesamtzusammenhang der Außenbeziehungen Deutschlands, gleichzeitig als „Mikrokosmos“ auch Grundströmungen des „Makrokosmos“ der deutschen Außenpolitik widerspiegelt.

⁸⁷ Über kein Archivmaterial verfügen, laut Schreiben der betreffenden Firma an den Verfasser bzw. nach persönlicher Rücksprache: die Borsig AG, Berlin, und die Rheinmetall AG, Düsseldorf. Ein Schreiben des Verfassers an die Bayer AG, Leverkusen, blieb unbeantwortet.

2.
NATIONALSTAATLICHE BESTREBUNGEN PREUSSENS
UND GEWALTSAME ÖFFNUNG CHINAS.
DER WIRTSCHAFTLICHE UND POLITISCHE STELLENWERT
DES DEUTSCHEN CHINAHANDELS
UM DIE MITTE DES 19. JAHRHUNDERTS

Durch die militärische Niederlage Chinas im Ersten Opiumkrieg 1840/41 wurde nicht nur das Reich der Mitte für ein Jahrhundert westlichen Einflüssen geöffnet, sondern auch der Grundstock für die kommerzielle Vorherrschaft Großbritanniens in Ostasien gelegt. Bis zum 17. Jahrhundert hatten sich, von wenigen Vorstößen der Holländer und Portugiesen abgesehen, die Außenhandelsbeziehungen Chinas hauptsächlich über Land, in die Mongolei sowie nach Inner- und Zentralasien entwickelt. Die steigende Geschäftstätigkeit der Engländer an den chinesischen Küsten drohte den verbürokratisierten Außenhandel des Staates zu gefährden. Das System der tributären bilateralen Beziehungen des chinesischen Kaisers als alleinigen Vertreters der kosmischen Ordnung in der Welt schien bedroht. Seit 1757 war es daher aufgrund eines kaiserlichen Ediktes nur noch ganz bestimmten chinesischen Kaufleuten, den sogenannten Cohongs, erlaubt, ausschließlich über Canton mit überseeischen Mächten Handel zu treiben. Großbritannien, das sich vor allem nach seinem industriellen Durchbruch Anfang des 19. Jahrhunderts immer stärker nach Ostasien orientierte, versuchte bis Ende der 1830er Jahre vergeblich, von China den Abbau dieser Handelsrestriktionen zu erreichen¹. Schon 1834 hatte sich die Regierung in London daher genötigt gesehen, das über 200 Jahre alte Monopol der „East India Company“ für den Handel mit Ostasien in bezug auf China aufzuheben und alle britischen Kaufleute zum Handel zuzulassen². Erstmals residierte nun auch ein ständiger hauptamtlicher britischer Vertreter zur Beaufsichtigung und Unterstützung des Handels in Canton, den die chinesische Seite aber nicht anerkannte. Doch selbst diese Maßnahme konnte das englische Defizit in der Zahlungsbilanz gegenüber China nicht beseitigen. Das Reich der Mitte war an westlichen Waren kaum interessiert. Aus diesem Grund forcierten britische Händler zunehmend die Opiumeinfuhren aus Indien, die zwar offiziell von China verboten, mit denen aber als Schmuggelwaren die besten Geschäfte zu machen waren. Der Opiumhandel konnte die britischen Handelsdefizite jedoch nicht nur ausgleichen, sondern bewirkte auch einen

¹ Mancall, S. 76 ff.; Wakeman, Fall, S. 111 ff.

² Vinnai, S. 1 ff.

enormen Silberabfluß aus China, der die Regierung in Peking stark beunruhigte. Zwar war die britische Regierung, wie auch die meisten englischen und chinesischen Kaufleute, an einer Überwachung des Schmuggels interessiert, der zunehmend auch dem regulären Warenaustausch schadete, eine offizielle Blockade britischer Waren in Canton als Vergeltungsmaßnahme der kaiserlichen Regierung konnte sie aber nicht hinnehmen³.

Die 1839 beginnenden militärischen Auseinandersetzungen⁴ wurden erst mit dem Friedensvertrag zu Nanking vom 29. August 1842 beendet, der Großbritannien fünf Häfen öffnete⁵, 21 Millionen US-Dollar Kriegsentschädigung sowie die Exterritorialität britischer Staatsbürger und die Gleichbehandlung britischer Konsuln mit obersten chinesischen Provinzbehörden garantierte; außerdem gelangte Hongkong in englischen Besitz. In einem Zusatzvertrag vom 8. Oktober 1843 erhielt Großbritannien überdies die Meistbegünstigung zugestanden. Die Briten setzten ferner durch, daß diese Abmachungen auch für alle anderen Mächte gelten sollten. Ungeachtet dessen schlossen die Vereinigten Staaten (3. Juli 1844) und Frankreich (24. Oktober 1844) Nachfolgevereinbarungen, die ihnen die gleichen Rechte wie Großbritannien zugestanden, und bekundeten damit ihr gesteigertes Wirtschaftsinteresse sowie ihre eigenen Ansprüche in China. Rußland hatte es als euro-asiatische Landmacht schon zuvor verstanden, aufgrund seines traditionellen Handels vertragliche Beziehungen zu China aufzunehmen⁶.

Der Opiumkrieg trug wesentlich zum Aufstieg der revolutionären Taiping-Bewegung bei. Neben vermehrter Korruption sowie ungerechten und willkürlichen Steuern seit Anfang des 19. Jahrhunderts hatte das Versagen des chinesischen Militärs gegenüber dem Westen das Vertrauen der Bevölkerung in die Stabilität des Mandschu-Regimes erschüttert⁷. Die Einnahme Nankings 1853 durch die seit 1850 immer stärker werdenden Taiping offenbarte auch noch die innere Schwäche des Systems⁸. Von der Zentralregierung im Stich gelassen, mußten die Provinzen zur Finanzierung des Kampfes gegen die Aufständischen Binnenzölle (Likin) in Höhe von 2,5 % erheben. Diese galten

³ W. Franke, China, S. 58 f.; Wehler, Handelsimperialismus, S. 56 ff.

⁴ Ausführliche Schilderung in Berg (Hrsg.), Bd 3, S. 56 ff.

⁵ Neben Canton noch Shanghai, Foochow, Ningpo und Amoy.

⁶ Selby, S. 23 ff.; Fletcher, S. 318 ff. Die USA hatten damit ein Ziel erreicht, das sie seit Ende des 18. Jahrhunderts anstrebten: Ostasien mit zu erschließen und zu beherrschen, unabhängig und ohne eigene Verantwortung zu übernehmen oder gar traditionelle Kolonialpolitik betreiben zu müssen. Wehler erkennt hier schon den Beginn der „Open Door Policy“ der USA gegenüber China, den „Imperialismus der Offenen Tür“, der sich 1844 dem aus überlegener industrieller Monopolstellung verfochtenen Freihandelsprinzip der Briten anschloß, das prinzipiell mehr Druck und Einflußnahme durch ökonomische Überlegenheit als durch militärische Gewalt anstrebte. Wehler, Handelsimperialismus, S. 56 ff.

⁷ Wakeman, Strangers, passim.

⁸ Zu Ursprung, Führung und Organisation sowie den Zielen der Taiping als Überblick Michael, Taiping-Rebellion, S. 37 ff.; Teng, S. 25 ff.

oftmals auch vertragswidrig für ausländische Einfuhren und waren zusätzlich zu dem 1842 festgelegten fünfprozentigen Seezoll zu entrichten⁹.

Trotz des Verlustes der Zollhoheit im Vertrag von Nanking mit der Festlegung der überseeischen Importzölle auf zunächst 5 % des jeweiligen realen Warenwertes, kurz darauf aber generell auf 5 % des durchschnittlichen Warenwertes von 1842, profitierten die Chinesen zunächst. Da die Preise für westliche Waren Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre fielen, wurde überproportional mehr Zoll eingenommen¹⁰. Den Vertragsmächten mußte diese Entwicklung aber mißfallen. Nach den ersten „ungleichen Verträgen“ blieb neben dem Wert auch der Umfang ihres Handels mit China hinter den Erwartungen zurück. Anstelle der Cantoner Cohongs benötigten die westlichen Handelsfirmen wegen ihrer Unkenntnis des chinesischen Marktes neue Vermittler für ihre Geschäfte. Die Zusammenarbeit mit chinesischen „Compradores-Kaufleuten“ brauchte jedoch eine gewisse Anlaufzeit, bis sie sich bewährte¹¹. Der Schmuggel blieb daher größer als der ordentliche Warenverkehr. Nur langsam kam es zu einem gewissen Aufschwung des Handels, insbesondere im Yangtze-Gebiet. Die immer häufiger werdenden Ausschreitungen gegen westliche Ausländer in China, die inneren Unruhen und die nicht kontrollierbaren örtlichen Zollerhebungen, die vor allem den hochgespannten britischen Handelsinteressen zuwiderliefen, führten jedoch schon bald zu erneuten Spannungen der Mächte mit China¹².

Dem Beispiel Großbritanniens folgend, das seit den 1820er Jahren verstärkt auf die überseeischen Märkte drängte, nahmen auch die Bemühungen Deutschlands um dieses Gebiet zu. Bis dahin war der deutsche Überseeverkehr nach Ostasien nicht über das Stadium sporadischer Vorstöße hinausgekommen. Hanseatische und preußische Aktivitäten über die brandenburgisch-ostindische oder die preußisch-asiatische (Handels-)Kompanie in Emden führten mit englischer oder holländischer Hilfe im 17. und 18. Jahrhundert lediglich zur gelegentlichen Beteiligung deutscher Schiffe an Ostasienexpeditionen. Tee, Geschirr, Porzellan und Seide wurden zu begehrten Importartikeln aus Fernost¹³. Erst 1824 erfolgte die erste Gründung eines deutschen Handelshauses in Batavia. Von 1829 bis 1842 vertrat jedoch schon ein englischer Honorarkonsul hanseatische Interessen in Canton¹⁴, und in den 30er

⁹ Zum chinesischen Zollsystem Willoughby, Rights, Bd 2, S. 748 ff.

¹⁰ Auch die Seezollverwaltung blieb bis 1853 in den Händen lokaler Beamter. Der Anschein einer souveränen Verwaltung wurde so gewahrt, jedoch zum Nachteil der finanziellen Einkünfte der kaiserlichen Regierung. Erst nach dem Zusammenbruch des Seezolldienstes unter dem Druck der Taiping 1854 in Shanghai kamen Ausländer als chinesische Beamte an die Spitze dieser Behörde. Ebd., S. 768 ff.

¹¹ Hao, passim.

¹² Berg (Hrsg.), Bd 3, S. 107 ff.

¹³ Yü, S. 8 ff.; zum Handel der Hansestädte mit Ostasien im 18. Jahrhundert Schramm, S. 87 f.; vgl. auch Bohner, S. 52 ff.

¹⁴ In einem Schreiben vom 1. 5. 1829 bot Hamburg Bremen an, daß Herr MacVicar auch bremische Interessen vertreten könne, StAHB, 2/C 24/b 1.

Jahren übertraf die Ostasienfahrt der Hansestädte, nun auch zunehmend unter eigener Flagge, die Ostindienfahrt¹⁵. Besonders für die aufstrebenden Industriestaaten des Deutschen Bundes bedeutete die Intensivierung des Überseehandels nach der Abkehr Englands von den Restriktionen der Navigationsakte und der Propagierung des gleichberechtigten Freihandels eine neue Chance wirtschaftlicher Entfaltung¹⁶.

Die preußische Staatsbank, 1772 als „See-Handlungs-Gesellschaft“ gegründet, zeigte ab Anfang der 1820er Jahre steigendes Interesse am Überseehandel nach China, hauptsächlich um den Absatz der Textilindustrie, aber auch um das Ansehen Preußens in Übersee zu fördern und die privatwirtschaftlich orientierte hanseatische Handelskonkurrenz einzuschränken¹⁷. Zwischen 1822 und 1842 fuhren bereits sechs Schiffe der „Preußischen Seehandlung“ nach Ostasien. Der Haupthandelsweg für schlesische und rheinische Tuche nach China blieb bis Ende der 30er Jahre wie schon seit mehr als einem halben Jahrhundert der Landweg über Rußland und Mongolisch-Kiachta, doch die steigenden russischen Zölle machten diesem Geschäft langsam ein Ende¹⁸. Schon Anfang der 20er Jahre bot die preußische Regierung Kaufleuten und Fabrikanten „bei dem erschwerten Absatz Preußischer Wollen Fabrikate nach China durch Rußland“ ihre Hilfe an¹⁹.

Durch die Öffnung Chinas wurden die Handelsaktivitäten Preußens und der Hansestädte in Ostasien neu belebt²⁰. Insbesondere richteten sich die deutschen Interessen im Fernen Osten Anfang der 40er Jahre neben China auf Singapore, das von Großbritannien als Freihafen für alle Ausländer geöffnet worden war und in kürzester Zeit einen schnellen wirtschaftlichen Auf-

¹⁵ Helfferich, Beziehungen, S. 212 f.

¹⁶ Walle, Einfluß, S. 31 f.

¹⁷ Petter, Flottenrüstung, S. 46 ff.; zu den Beziehungen der Hansestädte mit Preußen im 18. Jahrhundert Schramm, S. 35 ff.

¹⁸ Yü, S. 8 ff.

¹⁹ Preußisches Ministerium für Handel und Gewerbe an Regierung in Arnberg, 14. 12. 1822, und Amtsblatt der Regierung in Arnberg, 4. 1. 1823, StAMS, Regierung Arnberg/B 39. Auch die Regierung in Aachen machte die dortige Handelskammer auf Anweisung des Ministeriums vom 14. 4. 1823 am 29. 4. 1823 auf den Absatz von Tuchen in Canton aufmerksam, HStAD, Regierung Aachen/1684. Bohner, S. 53; Brandt, China, S. 34 f.

²⁰ Auf der 22. Sitzung des Bundestages am 16. 12. 1841 legte das Präsidium vom englischen Gesandten im Auftrag der britischen Regierung überreichte Berichte über China vor, mit denen die deutschen Regierungen detaillierter über das britische wirtschaftliche, politische und militärische Vorgehen in China seit den 30er Jahren informiert und über weitere Absichten in Kenntnis gesetzt werden sollten. Diese gedruckten und gebundenen „Blaubücher“, die dem englischen Parlament bereits 1839 vorgelegen hatten, konnten die Informationen über China in Deutschland wesentlich erweitern. Protokolle der deutschen Bundesversammlung, S. 516, BA FfM, Bundeskanzleidirektion/1841; 22. Sitzung des Bundestages, 16. 12. 1841, ebd., Akten des Bundestages – I. Abteilung/DB1/92.

schwung nahm²¹. Schon knapp fünf Monate nach Unterzeichnung des Vertrages von Nanking, am 25. Januar 1843, wurde der „Preußischen Seehandlung“ aus Bremen mitgeteilt, daß die von den Zeitungen gemeldete Handels-expedition aus Bremen nach Singapore und China „sehr still betrieben, und ihre Bestandteile sehr geheim gehalten wurden und daher auch weit bedeutender gewesen sein müßten, als davon officiell aufzuweisen ist“²². Gleichzeitig wurden aber Zweifel an der Wirksamkeit solcher privaten Unternehmen geäußert, die nicht mit den englischen konkurrieren könnten. Vielmehr solle die „Preußische Seehandlung“ „als Vertreterin des ganzen deutschen Handels und deutscher Industrie“²³ die Initiative ergreifen; alle erdenklichen Hilfsdienste würden dafür zur Verfügung gestellt werden. Auf Drängen auch anderer Städte, insbesondere des Rheinlandes und Westfalens, und auf Anraten des preußischen Generalkonsuls in London entschloß sich Berlin, einen Handelssachverständigen nach China, Japan und in andere ostasiatische Länder zu entsenden. Im Gegensatz zu privaten Initiativen in Hamburg, die 1843/44 zu einer Expedition vor allem im Auftrag Leipziger Handelshäuser führten²⁴, lag die gesamte Vorbereitung und Koordinierung des Unternehmens in den Händen der preußischen Regierung und Verwaltung²⁵.

Der Düsseldorfer Kommerzienrat Grube bekam aus Berlin den Auftrag, sich u. a. in China mit den „politischen Behörden in Mitteilung zu setzen und die Errichtung von Konsulaten in den dortigen Häfen vorzubereiten“ und „sich über die dortigen Zoll- und Schifffahrtsverhältnisse zu unterrichten“²⁶. Angesichts der kapital- und industriefeindlichen Politik Preußens in den 40er Jahren mit ihrem Ziel, die Agrarstruktur des preußischen Staates nach den Reformen zu festigen, war es jedoch nicht verwunderlich, daß das 1843 bekundete Engagement gegenüber China in der Folgezeit deutlich geringer aus-

²¹ Der Gedanke einer preußischen Handelsgesellschaft für China in Singapore wurde schon bald wieder fallengelassen. Der Handel war nicht umfangreich genug. Berg (Hrsg.), Bd 1, S. IX f.; Brandt, China, S. 36 ff.

²² In: StAMS, Oberpräsidium/190. Der Absender dieses Schreibens, wahrscheinlich eine offizielle Institution der Hansestadt Bremen, und auch der Brief der Preußischen Seehandlung vom 18. 1. 1843 ließen sich nicht ermitteln. Vgl. auch Yü, S. 33 ff.

²³ Brief aus Bremen an die Preußische Seehandlung, 25. 1. 1843, StAMS, Oberpräsidium/190.

²⁴ Beutler, S. 77 ff.

²⁵ Dabei kam es zu erheblichen Verzögerungen, da sich der Handelssachverständige alle Informationen und Auskünfte über die Wünsche der Kaufleute und Industriellen vor Ort selbst holen mußte. Preußisches Ministerium für Finanzen an Oberpräsidium, 19. 5. 1843, Antwort vom 28. 5. 1843 und Schreiben vom 29. 6. 1843, StAMS, Oberpräsidium/190.

Eine Selbsthilfeorganisation der Wirtschaft gab es z. B. in Westfalen nicht. Die preußische Verwaltung übernahm statt dessen die Wirtschaftskoordination. Freye, S. 73 f.

²⁶ Preußisches Ministerium für Finanzen an Oberpräsidium, 21. 4. 1843, StAMS, Oberpräsidium/190.

fiel²⁷. Zudem bestätigte der Bericht des Handelssachverständigen die Voreingenommenheit der preußischen Staatsregierung in bezug auf Überseegeschäfte. Grube verwies auf die Unsicherheiten in den geöffneten Häfen und die unzureichenden Verbindungen ins Landesinnere sowie auf die geringen Bedürfnisse der Chinesen für deutsche Produkte, abgesehen von Wollwaren²⁸. Trotzdem wurde 1847 der Kaufmann Richard v. Carlowitz, Inhaber eines der ältesten, 1846 gegründeten deutschen Handelshäuser in China, zum preußischen und sächsischen Konsul in Canton ernannt. Die preußische Regierung traf diesen Entschluß, um wenigstens den Wünschen der Kaufleute nach einer eigenen deutschen Vertretung in China halbwegs zu entsprechen²⁹, und vor allem, um den Führungsanspruch Preußens in Deutschland zu betonen³⁰. Gerade die Auslandskaufleute hofften auf einen geeinten und vereint auftretenden Nationalstaat und auf eigene Verträge, die endlich die Rechtsunsicherheit beseitigen und eine formale Gleichstellung mit anderen Mächten herbeiführen sollten³¹. Die auf Eigenständigkeit bedachten Hansestädte, die kaum zu einer Zusammenarbeit mit Preußen und dem 1833 gegründeten, protektionistischen Zollverein bereit waren³², blieben am Freihandel Großbritanniens ausgerichtet und lehnten sich konsularisch in China vorwiegend an die Vereinigten Staaten an. Erst 1851 übernahmen der Kaufmann Pustau für Bremen und 1852 der Kaufmann Siemssen für Hamburg eine eigene konsularische Vertretung in Canton³³. Trotz des geringen Umfangs und des nur langsamen Anwachsens des deutschen Handels mit China wurden unter dem Schutz der Großmächte bis Mitte der 50er Jahre gute Geschäfte getätigt. Der Warenverkehr fand hauptsächlich von China aus statt. Die Exporte waren fast ausschließlich für Europäer bestimmt³⁴.

²⁷ Böhme, Bankpolitik, S. 121 ff.

²⁸ Oberpräsident Koblenz an Oberpräsidium Westfalen, 18. 11. 1845, Bericht Grube als Anlage, StAMS, Oberpräsidium/190. Dieser Bericht wurde an alle preußischen Regierungen verschickt, vgl. Regierung Koblenz an Regierung Aachen, 19. 1. 1846, HStAD, Regierung Aachen/1684.

²⁹ Schreiben mehrerer deutscher Kaufleute an Rat der Hansestadt Bremen, August 1846, StAHB, 2/C 24/a 1. Die Engländer hatten es schon 1842 abgelehnt, daß ihre Konsuln weiterhin gleichzeitig die Interessen anderer Staaten vertraten. Grube-Bericht, S. 32, StAMS, Oberpräsidium/190.

³⁰ Bohner, S. 52 ff.

³¹ Berg (Hrsg.), Bd 1, S. XII f. Verluste von Eigentum, z. B. durch Piraten, waren nicht einklagbar, da es keine anerkannte Vertretung gab. Bartsch, S. 39 f.

³² Henderson, Zollverein, S. 166 ff.

³³ Glade, S. 40 ff.; Möring, S. 12 f., 28. Erst ab 1862 gab es ausschließlich gemeinsame Konsuln der Hansestädte. Auszug eines Schreibens Senator Dr. Curtius, Lübeck, an Syndikus Merck, Hamburg, 31. 5. 1862, StAHB, 2/C 24/b 0.

³⁴ Importe aus China waren Tee, Seide und Gewürze, Exporte nach China vor allem Zink, Blei und Glas sowie Wollieferungen über London und spanischer Flanell. Schätzungen sahen Deutschland an 9. Stelle der Einfuhren nach China und an 5. Stelle der Ausfuhren aus China. Bartsch, S. 55 f.; Beutler, S. 24; Yü, S. 39 ff.

Für ein erneutes militärisches Eingreifen Großbritanniens Ende der 50er Jahre in China, diesmal mit Unterstützung Frankreichs, waren wirtschaftliche und politische Gründe maßgebend. Obwohl England etwa drei Viertel aller ausländischen Firmen in China stellte, von denen ein Dutzend den Markt kontrollierte und 80 % des gesamten Außenhandels in den Händen hielt, hatten sich die Erwartungen der britischen Kaufleute im Im- und Exportgeschäft wie schon in den 30er Jahren nicht erfüllt. Die Exporte in das gesamte Reich der Mitte blieben geringer als diejenigen nach Holland. Die Importe beschränkten sich fast ausschließlich auf Tee und Seide. Nur die Opiumeinfuhr nach China stieg ständig³⁵. Die Verträge von 1842, von den Chinesen nur zögernd erfüllt, brachten lediglich Enttäuschungen. Die Hoffnungen der Wirtschaftskreise, China zu einem zweiten Indien aufzubauen, schienen verfliegen. Das Innere des chinesischen Reiches blieb weiterhin verschlossen. Zudem machte sich zunehmend eine chinesische Handelskonkurrenz bemerkbar³⁶.

Britische Handelskreise waren jedoch nicht gewillt, die handelsfeindliche Situation hinzunehmen. Die englische Regierung wurde zu politischen Zwangsmaßnahmen aufgefordert und von seiten einer einflußreichen Chinalobby massiv unter Druck gesetzt. Die Chinakaufleute waren überzeugt, die für sie unhaltbaren wirtschaftlichen Zustände nur durch eine Revision der Zollverträge und – über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen – durch ein direktes Einwirken auf den Hof in Peking lösen zu können³⁷. Die Verhandlungen über die Zolltarife begannen 1854, kamen aber erst mit der militärischen Niederlage der Chinesen von 1858 zu einem gewaltsamen Abschluß. Ohne Skrupel hatte die britische Marine das provozierende Verhalten einiger chinesischer Seeleute (Arrow-Zwischenfall, 1856) zur Eröffnung von Kriegshandlungen ausgenutzt³⁸. Die Zölle konnten schließlich auf 5 % des Warenwertes von 1858 neu festgelegt werden³⁹.

In Großbritannien selbst war dieses drastische Vorgehen heftig umstritten. Zum einen besaßen die Prinzipien der Nichteinmischung und des Freihandels für die Briten besonderen Wert. Zum anderen galt es aber, englische Interessen und den Status quo zu wahren sowie Einflußzonen und die notwendigen Absatzgebiete zu erhalten. Der russische Vorstoß in die traditionellen englischen Exportgebiete des Mittleren Ostens war zwar im Krimkrieg

³⁵ Die Aussage, daß der Silberabfluß für Opium nach Indien genauso hoch gewesen sei wie der Silberabfluß aus England für chinesische Waren, kann kaum als Rechtfertigungsgrund überzeugen. Sargent, S. 130 f. Tatsächlich waren auch die Importe Englands etwa 20 Mal so hoch wie seine Exporte nach China. Bartsch, Anlage VIII.

³⁶ Fairbank, Trade, S. 160, 209; Hyam, S. 48 f.; Sargent, S. 132 ff.

³⁷ Hsü, Entrance, S. 108 ff.; Pelcovits, S. 9 f.

³⁸ Hsü, Entrance, S. 21 ff.

³⁹ Zu den Versuchen einer Anpassung der chinesischen Zollsätze an die wirtschaftliche Entwicklung bis zur einseitigen Aufkündigung der Verträge durch die Nationalregierung 1929 Cheng, S. 11, 209; Remer, Investments, S. 47 f.

abgewehrt worden, aber nun schickte sich Rußland als Reaktion auf diese Niederlage an, stärker als bislang nach Fernost zu expandieren. Eine ständige diplomatische Vertretung in China erschien somit als bester Garant, russischen Ansprüchen im Reich der Mitte zu begegnen⁴⁰. Mit Beendigung des Zweiten Opiumkrieges erzwang England daher im Vertrag von Tientsin am 26. Juni 1858 die Zusage einer ständigen diplomatischen Mission am Kaiserhof in Peking. Darüber hinaus erreichten die Briten die Öffnung von 16 weiteren Häfen, vor allem entlang dem Yangtze im Inneren des Landes, Bewegungsfreiheit, umfassende Missionsfreiheit, Ausreisefreiheit für chinesische Arbeiter und eine Legalisierung des Opiumhandels⁴¹.

Hatten sich die Verträge von 1842 noch mit der traditionellen chinesischen Staatsauffassung vereinbaren lassen – Zollbegünstigungen konnten auch als Gnadenakt des chinesischen Kaisers aufgefaßt werden –, so widersprachen ständige diplomatische Missionen völlig der Herrschaftstheorie von der einzigartigen Stellung des chinesischen Kaisers⁴². Der Versuch der Chinesen, die Gesandtschaften der Großmächte aus Peking herauszuhalten und eine Ratifizierung der Verträge an einem anderen Ort durchzuführen, scheiterte 1860 an der erneuten massiven militärischen Intervention Englands und Frankreichs, die es verstanden, die krisenhafte Situation der Mandschu-Dynastie nach der Zerschlagung der kaiserlichen Armee durch die Taiping bei Nanking auszunutzen. Auch die Vereinigten Staaten und Rußland profitierten wiederum von der Schwäche Chinas, obwohl sie sich militärisch neutral verhalten hatten⁴³.

In deutschen Wirtschaftskreisen wuchs in den 1850er Jahren das Ansehen Preußens trotz des Scheiterns der 1848er Revolution und der darauf folgenden reaktionären Politik. Die Hansestädte verfolgten mit Interesse die zunehmend liberalere Politik des Zollvereins, der auf Drängen Preußens 1854 die Zölle reduzierte. Zuvor hatte es die preußische Regierung verstanden, Österreich mit einem Handelsvertrag aus dem einheitlichen Zollgebiet herauszuhalten, und damit ihre wirtschaftliche Vormachtstellung in Kleindeutschland ausgebaut⁴⁴. Trotz der Anwendung freihändlerischer Prinzipien, vor allem als politische Waffe gegen Österreich, blieb jedoch die überragende Rolle des Staates als Initiator des wirtschaftlichen Wachstums in Preußen erhalten. Gerade die Bürokratie war es, von der die neue ökonomische Entwicklung aktiv gefördert wurde. Unter dem liberal-konservativen Handelsminister v. der

⁴⁰ Berg (Hrsg.), Bd 4, S. 130 ff.; Hallgarten, *Imperialismus*, Bd 1, S. 58 ff.; Hildebrand, *Reichseinigung*, S. 205 ff.

⁴¹ Selby, S. 46 ff.; Wiethoff, *Neuere Geschichte*, S. 96.

⁴² Hsü, *Entrance*, S. 116 ff.; Wiethoff, *Ältere Geschichte*, S. 214 ff.

⁴³ Berg (Hrsg.), Bd 3, S. 211 ff.; Hsü, *Entrance*, S. 21 ff., 71 ff. Zu den Interessen der Großmächte und zu der Taktik der Chinesen, diese gegeneinander auszuspielen, Selby, S. 59 ff.; Teng, S. 270. Zur englischen Politik, besonders zum militärischen Aspekt, Graham, *passim*.

⁴⁴ Baasch, Bd 2, *passim*; Henderson, *Zollverein*, S. 196 ff.

Heydt (ab 1851) kam es trotz weiter bestehender staatlicher Kontrolle zu einer Aussöhnung des Staates mit Handel und Industrie sowie zu einer Annäherung von Agrariern und Liberalen, die in den neu geschaffenen, der Kapitalakkumulation förderlichen Aktienbanken ihren Ausdruck fand⁴⁵. Der wirtschaftliche Aufschwung der 50er Jahre war im wesentlichen bestimmt durch einen sich vergrößernden nationalen Binnenhandel und fand seine Entsprechung in Handelsabschlüssen mit anderen, zumal überseeischen Ländern. Dabei standen, dem Beispiel Großbritanniens sogar bis in die Einzelheiten der Verträge folgend, die Erweiterung von Absatzgebieten, der Abbau von Handelsbeschränkungen, aber auch die Schaffung neuen Siedlungsraumes im Vordergrund. Durch eine besondere Rücksichtnahme auf die Interessen der Seemächte konnte sich Preußen hierbei oftmals als Vertreter Deutschlands im In- und Ausland profilieren⁴⁶.

Der italienische Krieg trug 1859 eine neue Woge nationaler Begeisterung nach Deutschland. Preußen zögerte jedoch, die nationale Mobilisierung politisch zu instrumentalisieren, obwohl das Regierungsprogramm der „Neuen Ära“ grundsätzlich den Anspruch nationaler Verwirklichung unter preußischer Führung erhob⁴⁷. Seine ambivalente Haltung verärgerte insbesondere die kleineren Staaten, die auf eine militärische Hilfeleistung für Österreich gegen Frankreich drängten. Trotzdem konnte die preußische Regierung die Situation noch zu ihren Gunsten ausnutzen, indem sie sich politisch stärker an Rußland und Frankreich anzunähern verstand. Zwar verhandelte sie auch mit Österreich über wirtschaftliche Fragen, aber mit Frankreich ließ sich schon nach wenigen Gesprächen eine Einigung über eine zukünftige Wirtschaftspolitik erzielen, die im Sinne des Cobdenvertrages zwischen England und Frankreich von 1860 auf den Aufbau eines neuen Niedrigzollgebietes in Westeuropa hinauslief⁴⁸.

Wenn auch gerade das preußische Militär jeglichem Nationalstaatsdenken völlig fremd gegenüberstand und die Existenz und die Sicherheit des preußischen Staates keinesfalls gefährden wollte, ergaben sich dennoch gewisse Annäherungspunkte mit nationalen, konservativen und liberalen Kreisen. Trotz der revolutionären Bedrohung des militärisch-monarchistischen Obrigkeitsstaates und der Unterordnung Preußens gegenüber dem russischen Vormachtanspruch im Osten in der „Schmach von Olmütz“ (1850) hatte sich in den 50er Jahren ein neues politisches Selbstbewußtsein entwickelt. Der nationale Gedanke ließ sich nun ohne Schwierigkeiten in militärische Konzepte

⁴⁵ Böhme, Deutschlands Weg, S. 62 ff.; ders., Bankpolitik, S. 133 ff.; Wehler, Bismarck, S. 59 ff.

⁴⁶ Verträge wurden vor allem mit südamerikanischen Staaten geschlossen, z. B. mit Mexiko am 10. 7. 1855. Delbrück, Bd 1, S. 57 ff., 180; Henderson, Zollverein, S. 256 ff.; Rosenberg, Weltwirtschaftskrisis, S. 29 f.

⁴⁷ Börner, S. 28 f., 39 ff., 111 ff.; Haupts, S. 48 ff., Fenske (Hrsg.), Reichsgründung, S. 15 ff.

⁴⁸ Börner, S. 62 ff.; Fuchs, S. 123 ff.; Henderson, Zollverein, S. 273 ff.

integrieren. Größere Selbständigkeit des Militärs und verstärkte Rüstungsanstrengungen sollten Preußen zur militärischen Vormacht Deutschlands weiterentwickeln, das schließlich zur gegebenen Zeit von Preußen aus zusammengefaßt werden konnte. Mehr noch als die Armee versuchte schon seit geraumer Zeit die preußische Marine, auf der nationalen Welle ihr Ansehen und ihre Stärke zu vergrößern⁴⁹.

Mit dem Anstieg der Auswanderung in den 40er Jahren hatte sich die koloniale Frage und damit auch die Flottenfrage immer stärker in das öffentliche Bewußtsein gedrängt. Die Flotte war im Vormärz nicht mehr nur ein wirtschaftliches oder militärisches, sondern vor allem ein nationales Anliegen⁵⁰. Nach dem Scheitern einer ersten gemeinsamen deutsche Flotte (1848–1852) hielt Preußen an dem Aufbau einer eigenen Marine fest. Bis Ende der 50er Jahre stand aber bei der Marineführung zunächst der Primat einer kontinental gebundenen Schlachtflotte gegen Dänemark im Vordergrund. Überseeische Unternehmungen, ab 1852 als Ausbildungsfahrten oder zur Aufnahme von Handelsbeziehungen durchgeführt, dienten nur der Selbstdarstellung⁵¹.

Letztlich setzten sich aber doch die liberalen und die dem Handel wohlgesonnenen konservativen Gruppierungen mit ihren Marineplänen durch. Als erster Schritt wurde 1854 die Admiralität dem Ministerpräsidenten direkt unterstellt, um sie dem Einfluß der kontinental ausgerichteten Armee zu entziehen. In Zukunft sollte Flottenpolitik Schutz des Handels in Übersee anstatt Schlachtflottenbau bedeuten. Diese Vorstellungen kamen eindeutig aus liberalen Wirtschaftskreisen im Zollverein und aus den Hansestädten. Die Marine sollte Preußens Befähigung demonstrieren, Großmachtpolitik auch im internationalen Rahmen zum Nutzen der deutschen Wirtschaft zu treiben. Der Bau der noch 1855 genehmigten fünf Linienschiffe konnte 1858/59 im preußischen Landtag keine Mehrheit finden. Statt dessen sollten Kreuzer zum Handelsschutz aufgelegt werden. Die 1859 erfolgte Verselbständigung der Flotte, manifestiert in einem unabhängigen Oberkommando unter Prinz Adalbert von Preußen, bedeutete einen enormen Prestigegewinn für die Marine. Ihr neuer Flottengründungsplan von 1860 sah den sofortigen Bau von Fregaten vor und stellte die Linienschiffprojekte zunächst zurück. Die Marine bekundete auf dem Höhepunkt der „Neuen Ära“ ihr Interesse an einer politischen Annäherung an liberale Handelskreise⁵².

Vor dem Hintergrund der Politik der Großmächte in China und der politischen Entwicklung in Preußen-Deutschland fand die preußische Expedition nach Ostasien der Jahre 1859 bis 1862 statt. In den 50er Jahren gewannen die preußischen und insbesondere die hanseatischen Wirtschaftsbeziehungen nach Fernost zusehends an Bedeutung. Vor allem im chinesischen Küsten-

⁴⁹ Hillgruber, *Großmacht*, S. 9 ff.; Messerschmidt, *Geschichte*, S. 173 ff.

⁵⁰ Fenske (Hrsg.), *Reichsgründung*, S. 12 ff.

⁵¹ Kriegsministerium an Ministerium für Handel, 18. 6. 1852 und Antwort, 28. 6. 1852, BA-MA, RM 1/2771.

⁵² Boelke, Meer, S. 17 ff.; Petter, *Flottenrüstung*, S. 64 ff.; ders., *Stützpunktpolitik*, S. 1 ff.

handel konnten sich deutsche Schiffe fest etablieren⁵³. Erst das Vorgehen der Großmächte in China 1856 veranlaßte die Chinesen, zeitweilig das Festland gegenüber Hongkong zu sperren, das sich zum Hauptumschlagplatz westlicher Waren entwickelt hatte⁵⁴, um den Handel in Canton zum Erliegen zu bringen. Die Geschäfte verlagerten sich immer stärker auf die nördlichen Häfen, besonders auf Shanghai. Wegen des wachsenden wirtschaftlichen Drucks befanden sich auch deutsche Kaufleute längst nicht mehr im besten Einvernehmen mit ihren ausländischen Konkurrenten⁵⁵. Schon 1853 hatte der preußische Konsul v. Carlowitz deshalb auf die Bedeutung der Flagge hingewiesen⁵⁶. 1856 machte er nochmals ausdrücklich auf die Vorteile aufmerksam, die England und Frankreich aus einem neuen Krieg erwachsen könnten, und forderte erneut den Einsatz preußischer Kriegsschiffe in China⁵⁷. Das preußische Außenministerium zeigte sich prinzipiell einverstanden, nicht zuletzt weil sich die Vertragsmächte immer häufiger bei ihm über das Vorgehen deutscher Kaufleute beklagten, die sich keiner Jurisdiktion unterwerfen wollten. Erst kurz zuvor hatte es eine Aufforderung aus London erhalten, sich am Schutz der westlichen Staatsbürger in China aktiv zu beteiligen und nicht nur einseitig von den Privilegien zu profitieren⁵⁸. Zudem machte sich die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1857 bis 1861 auch im Chinageschäft bemerkbar. Die Handelshäuser in China strebten nach größerer Unabhängigkeit von Europa und Amerika. Hingegen ruhten die Hoffnungen des deutschen Exporthandels und der Industrie auf eine Markterweiterung und neue Rohstofferschließungen gerade nach der Außenhandelskrise des Zollvereins auf einer engeren wirtschaftlichen Verflechtung mit Ostasien. Nicht mehr einzelne Häuser sollten den Handel mit China quasi monopolisieren, sondern ein Wirtschaftsverkehr großen Stils zum Wohle des gesamten Handels und der Industrie aufgebaut werden. Der Ruf nach staatlicher Hilfe wurde immer lauter⁵⁹. In einer Denkschrift betonten deutsche

⁵³ Borgert, S. 169 ff.; Glade, S. 27. China wurde auch zum Bestandteil geistiger Auseinandersetzungen in Deutschland über das zukünftige Aussehen der Welt, vgl. Johann Gustav Droysen an Wilhelm Arendt, 2. 6. 1854, in: Fenske (Hrsg.), Reichsgründung, S. 111.

⁵⁴ Kaufmann Siemssen an den Senat von Bremen, 8. 2. 1855, Abschrift, HKHB, Hp II 83/1.

⁵⁵ Marktbericht aus China von Siemssen & Co., 13. 11. 1856, ebd. Bartsch, S. 65 ff.; Möring, S. 34 ff. Die deutschen Kaufleute begrüßten zwar die Absicht, bessere Verträge zu schaffen, wandten sich aber gegen einen größeren Krieg, der den Handel zerstören mußte. Auszug aus dem Bericht des preußischen Ministerresidenten bei den Hansestädten an Syndikus Merck, 8. 1. 1857, StAHH, CL VI 14a Vol. 1/Fasc. 1/2.

⁵⁶ Kriegsministerium an Oberkommando der Marine, 21. 11. 1853, mit anliegendem Schreiben von Carlowitz, BA-MA, RM 1/2772.

⁵⁷ Carlowitz an Außenministerium, 13. 11. 1856, ebd.

⁵⁸ Ministerium für Handel an Königliche Admiralität, 17. 1. 1857, Hinweis auf das Einverständnis des Außenministeriums, ebd. Delbrück, Bd 1, S. 173 f.

⁵⁹ Beutler, S. 44 ff.; Möring, S. 39 ff.

Wirtschaftskreise die Notwendigkeit einer staatlichen Expedition Preußens oder Österreichs, um die gleichen Zugeständnisse zu erhalten wie die anderen Großmächte. Tatsächlich zeichnete sich nach dem Tientsiner Übereinkommen die Gefahr ab, daß Deutschland aus dem Chinageschäft ausgeschaltet werden könnte, da in den Verträgen die Gleichberechtigung nicht automatisch allen übrigen Handelsnationen gewährt worden war⁶⁰. Dies veranlaßte schließlich die Hansestädte zu diplomatischen Aktivitäten in London und Berlin und führte Ende 1859 zu offiziellen Verhandlungen mit Preußen, da Großbritannien nicht bereit schien, ihnen zu helfen⁶¹.

Das preußische Handelsministerium hatte sich bereits Ende 1858 für eine Expedition ausgesprochen, da es endlich – so hieß es in der Begründung – der kommerziellen Bedeutung der „Länder des Stillen Meeres“ gerecht werden wollte. Darüber hinaus meinte das Ministerium, aus nationalem Selbstgefühl die politische Stellung Preußens, Deutschlands und des Zollvereins nicht fremden Mächten überlassen oder gar den Hansestädten den Vortritt gewähren zu können, die doch besser ins Schlepptau der preußischen Flagge zu nehmen seien⁶². Auch die preußische Admiralität war grundsätzlich bereit, einer Expedition zuzustimmen, gerade im Hinblick auf die massive Kritik der Liberalen, die der Marine Versagen bei der Vergeltung für die Plünderung eines Schiffes unter oldenburgischer Flagge durch chinesische Piraten vorwarfen⁶³. Sie wies indes gleichzeitig auf die hohen Kosten, die Notwen-

⁶⁰ Bericht des Hamburger Ministerresidenten, London, an Syndikus Merck, 29. 9. 1858, StAHH, CL VI 14a Vol. 1/Fasc. 1/a. In einer Sitzung der Kommerzdeputation hieß es dazu: Alle Verträge trügen eine „ängstliche Exklusivität“, Sitzungsprotokoll, 25. 3. 1859, in: HKHH, Akt.Chi/34.

⁶¹ Auszug aus dem Schreiben des Hamburger Ministerresidenten, London, an Syndikus Merck, 28. 3. 1859, StAHH, CL VI 14a Vol. 1/Fasc. 1/a. In einem Schreiben vom 9. 11. 1859 teilte Merck Senator Smidt in Bremen mit, „daß das, was den Hansestädten bisher stets gelungen ist, nämlich, nachdem einige größere Staaten den Weg geebnet haben, durch eigene Verhandlungen Verträge zu erlangen, diesesmal scheitern sollte, so hat der Senat es doch angemessen erachtet, schon im Frühjahr darüber vertrauliche Erkundigungen in Berlin einzuziehen, ob die preußische Regierung geneigt sein werde, die Hansestädte in gemeinsame Verhandlungen aufzunehmen und in welcher Modalität sie dazu bereit sein werde“. Dabei waren sich die Hansestädte darüber im klaren, daß Preußen eine Beteiligung aus nationalen Gründen wohl recht sein werde. Deshalb wollten sie auch nur bereit sein, „an preußischen Verhandlungen mit Japan und China ... Theil zu nehmen, wenn die Beibehaltung einer selbständigen hanseatischen Konsularvertretung in beiden Staaten ... in den Verträgen vollkommen gewahrt blieb“, StAHH, 2/C 24/a 1; vgl. auch Merck an Smidt, 20. 4. und 29. 10. 1859, ebd. Hamburg war dann mit der Vereinbarung Preußens Anfang 1860 weniger zufrieden als Bremen und Lübeck, Syndikus Merck sprach bereits von einer Aufgabe hanseatischer Selbständigkeit, Merck an Smidt, 1. 5., 14. 5. und 16. 5. 1860, ebd.

⁶² Ministerium für Handel an Admiralität, 17. 12. 1858, BA-MA, RM 1/2336.

⁶³ Die Aktivitäten der Seeräuber konnten als guter Anlaß genommen werden, die Präsenz der Flotte vor China zu zeigen und als fünfte Macht einen Vertrag abzuschließen. Preußen und das Meer, IV, in: Fenske (Hrsg.), Reichsgründung, S. 137 ff.

digkeit englischer Unterstützung und auf den drohenden Krieg gegen Dänemark hin⁶⁴. Erst Mitte 1859 wurde daher mit intensiveren Vorbereitungen begonnen⁶⁵. Zuvor hatte die österreichische Fregatte „Novarra“ für Aufsehen gesorgt, die auf ihrer von Triester Handelskreisen initiierten Weltumsegelung von den Deutschen in China stürmisch begrüßt worden war⁶⁶.

Bei der Ostasienexpedition, deren erstes Schiff im Oktober 1859 auslief, stand das handelspolitische Interesse eindeutig im Vordergrund, nicht das militärische. Die Marine sollte nur ausführendes Organ sein. Die Admiralität zeigte sich damit einverstanden und wies lediglich auf die Entscheidungsfreiheit der Kommandanten hin. Tatsächlich konnte das Militär keinen Einfluß auf die Verhandlungen in Japan, China und Siam nehmen. Im allgemeinen arbeiteten aber die politisch-kommerziellen Interessenvertreter mit den militärischen Fachleuten der Expedition reibungslos zusammen⁶⁷. Vor ihrer Abreise gab es jedoch wegen technischer Schwierigkeiten und Kompetenzstreitigkeiten innerhalb der Marineführung erhebliche Verzögerungen, die aus Angst vor einer Blamage zu großer Unruhe in preußischen Regierungskreisen führten⁶⁸.

Die preußische Regierung hatte die Expeditionsvorbereitungen sehr genau genommen. Das Handelsministerium legte größten Wert auf eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, der Ziele und Durchführung der Expedition bis ins einzelne erläutert wurden und die aufgefordert wurde, Warenproben zur Verfügung zu stellen. Bewerbungsschreiben zur Teilnahme an der Expedition gingen aus ganz Deutschland ein⁶⁹. Das preußische Außenministerium richtete eine Mitteilung an alle Seemächte und Gesandtschaften anderer Staaten. Es bekam Zusagen für Hilfeleistungen, die zwar ein allgemeines Verständnis erkennen ließen, aber nichts Konkretes enthielten⁷⁰. Intensivere

⁶⁴ Admiralität an Außenministerium, 1. 11. 1858, BA-MA, RM 1/2336.

⁶⁵ Handelsminister v. der Heydt an Außenminister v. Schleinitz, 16. 7. 1859, ebd. Petter, Stützpunktpolitik, S. 54 ff.

⁶⁶ Fenske, Tendenzen, S. 374 ff.; K.-h. Lee, S. 1 ff.

⁶⁷ Protokoll Ressortbesprechung, 9. 8. 1859, BA-MA, RM 1/2337; Admiralität an Außenministerium, 15. 9. 1859, ebd., RM 1/2342; Geschwaderchef an Admiralität, 18. 12. 1869, ebd., RM 1/2338.

⁶⁸ Admiralität an Marineverwaltung, 18. 10. 1859, ebd., RM 1/2337; Admiralität an Regent, 15. 12. 1859, ebd., RM 1/2342; v. der Heydt an Schleinitz, 27. 1. 1860, ebd., RM 1/2338.

⁶⁹ V. der Heydt an Handelskammern, 12. 8. 1859, ebd., RM 1/2337. Quillitzsch, S. 174 ff.

⁷⁰ Besprechungsprotokoll Ministerialkonferenz, 13. 10. 1859, BA-MA, RM 1/2337. Die Antwort Englands lautete, mit der preußischen Expedition in „friendly connections“ treten zu wollen. Foreign Office an Gesandten v. Bernstorff, 23. 11. 1859, ebd. In einem Bericht vom 3. 5. 1861 an Schleinitz wies Legationssekretär Pieschl von der Expedition darauf hin, daß England nicht besonders entgegenkommend gewesen sei; in England und Frankreich bestanden erhebliche Zweifel, ob eine preußische Gesandtschaft in China nicht ihren eigenen Interessen zuwiderlaufe, ebd., RM 1/2340. Berg (Hrsg.), Bd 2, S. 33 ff.

Gespräche wurden lediglich 1860 noch von dem Leiter der Expedition, dem Gesandten Graf Friedrich Albert zu Eulenburg, mit dem englischen und dem französischen Unterhändler bei den Verträgen von 1858 mit China, Lord Elgin und Baron Gros, in Paris geführt. Frankreichs Angebot⁷¹, Preußen bei möglichen Kolonialprojekten zu unterstützen, um so ein Gegengewicht zu England im Fernen Osten zu schaffen, fand jedoch in Berlin wenig Gegenliebe. Preußen wollte und durfte Großbritannien und Rußland nicht durch koloniale Unternehmungen brüskieren. Daher wurde auch auf der Rückreise der Expedition davon abgesehen, einen Stützpunkt zu besetzen, was zunächst geplant war. Das Oberkommando der Marine konnte sich gegen die Argumente des Außen- und des Kriegsministers nicht durchsetzen, die den Erfolg der Expedition nicht durch eine Provokation der Großmächte aufs Spiel setzen wollten, wenn auch die Ergebnisse insgesamt hinter den hochgespannten Erwartungen zurückblieben⁷².

Preußen war es als Beauftragtem des Zollvereins, der Hansestädte und Mecklenburgs in Japan lediglich gelungen, für sich selbst – und das auch nur durch Vermittlung des amerikanischen Gesandten – einen Gesandtschaftsvertrag mit Gleichberechtigungs- und Meistbegünstigungsgarantie abzuschließen (Januar 1861). Auch die Japaner setzten der Öffnung ihres Landes erbitterten Widerstand entgegen. Zwar hatten es die westlichen Großmächte nach der erfolgreichen Expedition des amerikanischen Kommodore Perry (1853) vermocht, die japanische „Politik der geschlossenen Tür“ durch Freundschafts- und Schifffahrtsverträge zu unterlaufen⁷³, Japan zeigte sich aber in keiner Weise bereit, seinen Vertragspartnern und schon gar nicht neuen fremden Mächten entgegenzukommen. Nur durch politischen und militärischen Druck konnten Zugeständnisse erreicht werden. Hierzu war die Eulenburg-Mission jedoch nicht in der Lage⁷⁴.

In China wäre die mangelnde Unterstützung durch die Großmächte der preußischen Ostasienexpedition beinahe zum Verhängnis geworden. England, Frankreich und auch Rußland hielten wegen der sich zuspitzenden inneren Auseinandersetzungen im Reich der Mitte und ihrer eigenen wirtschaftspolitischen Ambitionen den Zeitpunkt für ein Gesandtschaftsabkommen für ungeeignet. Erst nach langen, schließlich auch ohne den Druck der anderen

⁷¹ Frankreich wurde von der Wirtschaft als warnendes Beispiel bezeichnet, das zwar eine Operationsbasis, aber keinen entwicklungsfähigen Handel habe. Denkschrift betreffend den von Deutschland einzuleitenden Verkehr mit dem neu eröffneten Weltmarkt in China . . . , HKHB, Hp II 83/1.

⁷² Oberkommando der Marine an Kriegsministerium, 5. 1. 1862, BA-MA, RM 1/2349. Peter, *Flottenrüstung*, S. 70 ff.; Siemers, *passim*.

⁷³ Auch die Öffnung Japans wurde in Europa als Signal verstanden, welches die steigende Bedeutung des gesamten ostasiatischen Marktes für die Industrieländer hervorhob. Sie machte zudem den Anspruch der USA auf Einfluß im pazifischen Gebiet deutlich. Zur Überseepolitik der USA Wehler, *Aufstieg*, S. 10 ff., 217 ff., 262 ff.

⁷⁴ Zu Japan als Überblick Kindermann, *Ferner Osten*, S. 43 ff.; Schwebell (Hrsg.), *passim*.

Großmächte erfolgreichen Verhandlungen über das Recht, eine ständige preußische Gesandtschaft in Peking einzurichten und Reisen ins Landesinnere durchzuführen, gelang es Eulenburg, auch noch Konsularverträge für die anderen deutschen Zollvereinsstaaten mit China abzuschließen. Auf der Rückreise konnte die Expedition dann noch erfolgreiche Gespräche in Siam führen. Preußen wurde damit zwar nicht zum formalen, wohl aber zum realen diplomatischen Vertreter Deutschlands in Ostasien. Es hatte Recht und Schutz für deutsche Staatsangehörige unter einer Flagge geeint und mit den Seemächten gleichgezogen. Es konnte sowohl sein nationales als auch sein internationales Ansehen festigen und ausbauen. Preußen hatte sich durch diese staatlich initiierte und geförderte Aktion in Übersee vor allen anderen deutschen Staaten als „Träger der realen Interessen Deutschlands in Fernost“ erwiesen. Österreich-Ungarn, das durch seine europäischen Verwicklungen aufs äußerste in Anspruch genommen war, gelang es erst 1869 mit englischer Hilfe, Verträge mit Japan, China und Siam abzuschließen⁷⁵.

Der Einfluß Großbritanniens in China war im Verlauf der 1860er Jahre immer stärker geworden. Die Auseinandersetzung zwischen der chinesischen Regierung und den Taiping-Revolutionären wurde schon Anfang der 60er Jahre durch das Eingreifen der Engländer entschieden. Waren Taiping und Briten bislang durch die Fürsprache westlicher Missionare, die in der Ideologie der Revolutionäre zum Teil Ansätze christlichen Gedankenguts wiederzuerkennen meinten, gut miteinander ausgekommen, so setzte sich nun die Auffassung durch, einem vermeintlichen Angriff auf die wirtschaftliche Vorherrschaft am Yangtze müsse entschieden entgegengetreten werden. Die immer kritischere Lage um die Handelsmetropole Shanghai, deren Besetzung durch die Taiping drohte, schien die indischen Opiumeinfuhren im höchsten Maße zu gefährden⁷⁶. Die vertraglich zugesicherte Öffnung des Landesinnern und dessen wirtschaftliche Erschließung konnten nach Auffassung Londons aber nur durchgesetzt werden, wenn die Mandschu-Regierung in die Lage versetzt würde, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Ziel der britischen Politik nach 1860 war es daher, die kaiserliche Regierungsgewalt aufrechtzuerhalten und so weit wie möglich politischen Einfluß auf sie auszuüben, ohne dabei eigene Verantwortung tragen zu müssen⁷⁷.

Gegen die Taiping war es schon Anfang der 50er Jahre unter der Federführung der chinesischen Gentry zum Aufbau regierungsunabhängiger Selbstverteidigungsarmeen aus lokalen Korps gekommen⁷⁸, unter denen die Hunan-Armee des Generalgouverneurs der Hukwang-Provinz, Tseng Kuo-fan, die Huai-Armee des späteren Generalgouverneurs von Chili, Li Hung-chang, und

⁷⁵ Ausführlich zum Verhältnis Österreich – China K.-h. Lee; vgl. auch Delbrück, Bd 1, S. 182 ff.; Werner, Bd 2, S. 310 ff.; Yü, S. 53 f.

⁷⁶ Th. Kennedy, Arms, S. 16 ff.; Teng, S. 161 ff., 227 ff.

⁷⁷ Hsü, Entrance, S. 82 ff., Hyam, S. 357 ff.; Werner, Bd 2, S. 203 ff.

⁷⁸ Zum Versagen der kaiserlichen „Bannertruppen“ und zum Aufbau lokaler Truppen ausführlich Kuhn, S. 37 ff.

die Ch'u-Armee des Gouverneurs von Chekiang, Tso Tsung-t'ang, die bedeutendsten waren⁷⁹. Bis Ende der 50er Jahre konnten sie die Aktivitäten der Taiping aber nur unzureichend einschränken. In Shanghai und an anderen Orten versuchten daher örtliche Gentry sowie chinesische und ausländische Kaufleute, sich wirksamer gegen die Offensive der Revolutionäre zu verteidigen. Sie stellten nach westlichem Muster gegliederte, ausgerüstete und bewaffnete Freiwilligenverbände aus chinesischen Soldaten unter westlicher Führung auf⁸⁰. In Shanghai bezahlte das von chinesischen und ausländischen Wirtschaftskreisen gegründete „United Defense Bureau“ die „Immer siegreiche Armee“, die 1860 ihre ersten Einsätze unter dem Kommando angelsächsischer Freiwilliger durchführte und sich zu dem bekanntesten Freiwilligenverband entwickeln sollte. Erst das Eingreifen regulärer englischer und französischer Truppen brachte jedoch die Wende in den militärischen Auseinandersetzungen⁸¹.

Der 1859 zum kaiserlichen Kommissar gegen die Banditen ernannte Tseng Kuo-fan hatte zunächst alle Hilfe von seiten anderer Provinzialarmeen für Shanghai gegen die angreifenden Taiping abgelehnt. Ein weiteres Vorrücken der ausländischen Verbände ins Landesinnere sollte jedoch unter allen Umständen vermieden werden. Eine militärische Kooperation mit den Westmächten schien daher unumgänglich. Li Hung-changs Huai-Armee wurde 1862 schließlich nach Shanghai entsandt, damit sich Engländer und Franzosen auf ihre territorialen Konzessionen zurückziehen konnten⁸². Trotz einiger Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit dem Westen wurde Lis gesamte Armee in Shanghai nunmehr nach dem Vorbild der „Immer siegreichen Armee“ aufgebaut und mit westlichen Waffen ausgerüstet⁸³. England, Frankreich und die Vereinigten Staaten, die wegen ihrer offiziellen Neutralität im chinesischen Bürgerkrieg bis 1862 nur sehr wenig Waffen geliefert hatten, konnten jetzt größere Arsenalbau- und Waffengeschäfte tätigen⁸⁴.

⁷⁹ H. Li, S. 21 ff.; Spector, S. 1 ff. Die Armeen waren keine Regionalarmeen im üblichen Sinne, die es schon immer gegen Banditen gegeben hatte, sondern außerhalb der Heimatprovinzen selbständig operierende Militärorganisationen. Sie konnten erst nach langem Widerstand der Mandschus aufgebaut werden, die schließlich die Ernennung loyaler Führer zu Befehlshabern durchsetzten. Michael, *Regionalism*, S. XXXVII ff.; ders., *Taiping-Rebellion*, S. 47 ff.

⁸⁰ Es war durchaus eine chinesische, schon in die Han- und T'ang-Dynastie zurückreichende Tradition, fremde Truppen einzusetzen. E. Wang, S. 535 ff.

⁸¹ Schon 1854 gab es gegen die „Small-Sword“-Geheimgesellschaft in Shanghai die ersten Freiwilligenverbände. Später wurden neben der „Ever Victorious Army“ noch die „Ever Successful Army“, die „Ever Conquering Army“ und die „Ever Pacifying Army“, die zum Teil aus französischen und chinesischen Freiwilligen bestand, bekannt. Die meisten wurden aber schon bald wegen der zu hohen Kosten wieder aufgelöst. Ebd., S. 547 ff.; Teng, S. 292 ff.

⁸² E. Wang, S. 568 ff.; Teng, S. 297 ff., 321 ff.

⁸³ Michael, *Taiping-Rebellion*, S. 59 ff.; E. Wang, S. 577 ff.

⁸⁴ Th. Kennedy, *Arms*, S. 10 ff.; Richthofen, *Tagebücher*, Bd 2, S. 50 f.

Nach der Niederlage der Taiping, die letztlich an ihrer unzureichenden militärischen Macht, ihrer Führungslosigkeit und an der westlichen Intervention gescheitert waren⁸⁵, vermochte es die kaiserliche Regierung nicht, die Provinzialarmeen drastisch zu reduzieren, um deren Macht zu begrenzen. Neue Unruhen verhinderten eine umfassende Durchführung der Demobilisierungspläne⁸⁶. Die chinesischen Provinzialtruppen, die Anfang der 60er Jahre noch nicht einmal wie die mandschurischen Truppen über ein paar alte Bronze- und Eisenkanonen aus der Ming-Zeit verfügten⁸⁷, sollten nach Auffassung der Gouverneure schnell mit nachgebauten westlichen Waffen aus eigener Produktion versorgt und von westlichen Ausbildern in deren Gebrauch eingewiesen werden. Zu diesem Zweck errichteten Tseng und Li in den 60er Jahren mit westlicher Hilfe Arsenale vor allem in Shanghai, Tientsin und Nanking. Auch westliche Kriegsschiffe sollten auf chinesischen Werften nachgebaut werden. Reformersich gesinnte Kreise unter den chinesischen Literaten, die von westlichem Material schon seit dem Ersten Opiumkrieg beeindruckt waren, hielten es in dieser frühen Phase der Modernisierung für das erste Ziel, die Militärtechnik von den „Barbaren“ zu erlernen, um diesen schließlich ihren Willen aufzuzwingen⁸⁸.

Die militärische Erneuerung der 60er Jahre, hervorgerufen durch die Taiping-Revolution und das westliche Eingreifen in China, hatte Folgen in verschiedenen Bereichen. Sie stärkte vor allem die Provinzfürher durch den Aufbau eines zu den Regionalarmeen gehörenden, von der Zentrale unabhängigen (militär-)bürokratischen Apparates, der die Ausbildung einer eigenen Hausmacht förderte. Gerade die Likin-Zölle trugen zur entscheidenden finanziellen Unabhängigkeit der Provinzen mit bei, wenn sie auch das wirtschaftliche

⁸⁵ Teng, S. 327.

⁸⁶ Die Huai- und die Hunan-Armee wurden jeweils mit ihren politisch-militärischen Führern bis Ende der 60er Jahre gegen Rebellen im Norden eingesetzt. Die „Immer siegreiche Armee“ wurde 1864 aufgelöst. Sie war kaum am Sieg über die Taiping in der Endphase beteiligt. Die Freiwilligenarmeen konnten den chinesischen und ausländischen Kaufleuten ein gemeinsames Gefühl der Sicherheit vermitteln und trugen so zu einem besonderen Verhältnis zwischen ihnen im Süden Chinas bei, das sich letztlich auf eine rein kommerzielle Basis gründete. Spector, S. 8 ff.; Spence, S. 60 ff.

⁸⁷ Ausführlich über die ältere chinesische Waffenproduktion Th. Kennedy, Arms, S. 7 ff.

⁸⁸ 1866 wurde zunächst von Tso Tsung-t'ang mit französischer Hilfe die Ma-Wei-Werft bei Foochow errichtet. Ab 1856 hatte es schon einzelne Käufe von amerikanischen und englischen Kriegsschiffen gegeben. Der Kauf von sieben englischen Dampfschiffen war 1863 durch den nach der Shanghaier Zollkonferenz von 1858 eingesetzten englischen Generalseezolldirektor in chinesischen Diensten, Lay, vermittelt worden, der mit diesen die vollständige Kontrolle über die Zölle erreichen wollte, zunehmend aber rein britische Interessen vertrat. 1864 wurde er durch Robert Hart abgelöst, der China bis 1911 loyal in diesem Amt diente. Am bedeutendsten von den Arsenalen wurde das mit amerikanischen Maschinen ausgerüstete Kiangnan-Arsenal bei Shanghai. Ab 1860 gab es im Norden Chinas auch zunehmend russische Berater und Waffen. Chesneaux, Bd 1, S. 205 ff.; Cordier, Bd 1, S. 152 ff., 250 ff.

Leben hemmten. Die kaiserliche Regierung, die 1868 schon ein Viertel aller Staatseinkünfte und die gesamten Seezolleinnahmen für die Rüstung aufwandte, mußte dagegen von 1861 bis 1867 von ausländischen Geschäftsleuten Anleihen für insgesamt ungefähr 1,5 Millionen Pfund ausschließlich für militärische Zwecke aufnehmen. Rüstung und militärische Modernisierung beeinträchtigten bereits in den 1860er Jahren vor allem die wirtschaftliche Entwicklung Chinas⁸⁹.

In Preußen hatte der Heeres- und Verfassungskonflikt schon Anfang der 60er Jahre die „Neue Ära“ vorzeitig beendet. Die Errungenschaften auf wirtschaftlichem Gebiet hatten sich nicht positiv auf die politische Ebene ausgewirkt. Die Fronten zwischen Liberalen und Konservativen verhärteten sich zunehmend, obwohl der Freihandelsvertrag mit Frankreich wie die Beendigung der Ostasienexpedition die Möglichkeiten für ein erfolgreiches Zusammenwirken von Regierung, Wirtschaft und Bürokratie, von liberalen und konservativen Interessen Anfang 1862 noch einmal unterstrichen⁹⁰. Bismarck, von König Wilhelm auf dem Höhepunkt der Krise zum preußischen Ministerpräsidenten berufen, war alles andere als gewillt, innenpolitische Zugeständnisse zu machen. Seine monarchisch-absolutistisch geprägte Staatsauffassung verschreckte die Liberalen in ganz Deutschland, so daß Preußen um sein Ansehen als nationale Führungsmacht bangen mußte. Geschickt vermochte es Bismarck jedoch während der Schleswig-Holstein-Krise, preußischen Staatsegoismus und deutsches Nationalempfinden miteinander zu verbinden. Unter seinem Einfluß beschränkten sich die außenpolitischen Ziele Preußens wieder eindeutiger auf Mitteleuropa und gegen Österreich. Überseeische oder koloniale Ambitionen, wie sie seit dem Vormärz in Deutschland stark vertreten und insbesondere in der „Neuen Ära“ von der preußischen Regierung auch aufgegriffen worden waren, traten in der offiziellen Politik in den Hintergrund. Nach der fast völligen Zersplitterung der Liberalen belebten sich auch im bürgerlichen Lager Strömungen, die sich einen freiheitlichen Rechtsstaat durchaus im Gewand eines mitteleuropäisch-hegemonialen Machtstaates preußischer Prägung vorstellen konnten⁹¹.

Bismarck schöpfte zwar die Möglichkeiten einer friedlichen Machtausdehnung Preußens aus, wich aber auch von vornherein einer militärischen Auseinandersetzung mit Österreich nicht aus. Der latente Konflikt um die Herrschaft in Schleswig-Holstein bot sich als Instrument machtpolitischen Kalküls an. Die Bindung Englands und Rußlands durch innen- und außenpolitische Probleme nutzte die preußische Regierung schon ab Anfang 1866 aus, um militärische Vorbereitungen für die Kriegführung zu treffen. Frankreich wurde mit dem Versprechen einer preußischen Machtausdehnung nur im Nor-

⁸⁹ Hou, S. 227; Teng, S. 389 ff.

⁹⁰ Börner, S. 125 ff., 204 ff.; Haupt, S. 63 ff.

⁹¹ Fenske, Tendenzen, S. 364 ff. Zur Reaktion der Liberalen auf die nationale Politik der Konservativen, die zu ihrer Spaltung unter Bismarck bis 1867 mit beitrug, Winkler, Machtverzicht, S. 37 ff.

den Deutschlands neutral gehalten. Der Kampf der beiden Hauptmächte um die Hegemonie in Deutschland, nicht die nationale Bewegung sprengte schließlich den Deutschen Bund von 1815. Während die konservativen Gruppierungen die revolutionär-annexionistische Gewaltpolitik Bismarcks ablehnten, fanden sich die neue nationalliberale Partei, das Bildungsbürgertum, protestantische Kreise und die Wirtschaft mit dem militärisch-obrigkeitsstaatlichen Vorgehen auf dem Weg zu einer Einigung Deutschlands ab. Selbst die Verfassung des Norddeutschen Bundes vom 16. April 1867 wurde ohne größere Widerstände hingenommen⁹².

Unter dem Einfluß des Heereskonfliktes war dagegen noch 1862 die Flottenbauvorlage, die auf dem Flottengründungsplan von 1860 beruhte, vom preußischen Landtag zurückgewiesen worden, obwohl nur geringe sachliche Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung bestanden hatten. Die kontinental ausgerichtete Küstenschutzkonzeption rückte bis Mitte der 60er Jahre unter dem Kriegs- und Marineminister v. Roon wieder stärker in den Vordergrund. Der Zustand der Flotte blieb jedoch unbefriedigend; bis 1868 konnten lediglich drei Panzerschiffe unter Umgehung des Abgeordnetenhauses gekauft werden. Erst Roons Flottengründungsplan von 1865, der 1867 vom Reichstag des Norddeutschen Bundes schließlich angenommen wurde, sah erhöhte Mittel für die Marine vor⁹³. Der Auslandsschutz konnte daher nur mit Mühe aufrechterhalten werden. Das Oberkommando der Marine wies insbesondere auf die Notwendigkeit von Stationen zur gesicherten Versorgung der Auslandsschiffe hin⁹⁴; koloniale Überlegungen dürften auf militärischer Seite neben diesen rein militärischen indes kaum eine Rolle gespielt haben. Durch Auslandsaktionen erhoffte sich die Marine vor allem größeres Ansehen im Inland. Denn trotz des Achtungserfolges über Dänemark ließ die Flottenbegeisterung zusehends nach. Auch die deutsche Wirtschaft in Übersee blieb auf sich allein gestellt⁹⁵.

Der deutsche Chinahandel wuchs dennoch in den 1860er Jahren ständig, obwohl er vom Rüstungsgeschäft noch nicht profitieren konnte. Trotzdem wurde die „Fata Morgana des unermesslichen chinesischen Marktes“⁹⁶ keine Realität⁹⁷. Zwar gab es eine bedeutende deutsche Küstenschiffahrt in chinesi-

⁹² Böhme, Deutschlands Weg, S. 100 ff., 135 ff., 160 ff.

⁹³ Fecht, S. 350 ff.; Verchau, Jachmann, passim.

⁹⁴ Das vorherrschende Argument gegen den Auslandsdienst waren zu hohe Kosten und zu hohe Verluste. Auch die Ostasienexpedition hatte nichts Gegenteiliges ergeben. Borgert, S. 246 ff.; Petter, Stützpunktpolitik, S. 87 ff., 131 ff.

⁹⁵ Borgert, S. 172 ff.; Petter, Flottenrüstung, S. 84 ff.

⁹⁶ Wehler, Bismarck, S. 201.

⁹⁷ Der Anteil Deutschlands am Im- und Exportgeschäft mit China betrug von 1864 bis 1867 etwa 1 % des gesamten chinesischen Außenhandels. Hou, S. 228 ff. Chinesische Statistiken liegen erst seit 1864 vor. Nach englischen Statistiken betrug der Anteil des britischen Empires in den 60er Jahren etwa 80 % des chinesischen Außenhandels; davon gingen wiederum 50 % über Shanghai. Sargent, S. 142 f.

schen Gewässern mit einem Anteil von ca. 24 % der ausländischen Tonnage, aber kaum überseeische Fahrten⁹⁸. Verzeichnete der deutsche Handel um Shanghai und in Russisch-Fernost Erfolge, so wurde dieses gute Ergebnis getrübt durch eine besonders schlechte Geschäftslage im Norden Chinas als Folge der westlichen Intervention⁹⁹. Zudem wirkte die Verunsicherung durch die Taiping-Revolutionäre bis Mitte der 60er Jahre nach. Außerdem war die Finanzierung der deutschen Geschäfte außerordentlich kompliziert und bis zur Gründung der Hongkong and Shanghai Bank 1865 vor allem von der englischen Großfirma Jardine Matheson and Co. abhängig¹⁰⁰. Die deutschen Handelsfirmen, an der Depression im Chinageschäft der 60er Jahre selbst nicht ganz unschuldig, versuchten insbesondere durch Beteiligung an anderen Geschäften, z. B. der Reedereien, ihre Geschäftsgrundlagen zu erweitern¹⁰¹. Die allgemeine Mißstimmung aber blieb; Vorwürfe wurden laut, auch in bezug auf eine ausbleibende staatliche Unterstützung¹⁰². Die am Chinageschäft interessierten Wirtschaftskreise propagierten nicht allein die Präsenz von Kriegsschiffen, sondern verlangten nunmehr, wie schon 1862 bei der Ostasienexpedition erwogen, den Erwerb einer Kolonie. Formosa sollte ein „preußisches Java“, der „Kern eines deutschen Indiens“ werden¹⁰³. Die Schiffsunternehmungen der preußischen Kriegsmarine nach Ostasien blieben jedoch mehr oder weniger spektakuläre Einzelaktionen. Schon kurz nach Unterzeichnung des chinesisch-deutschen Handelsvertrages hatten die Kaufleute darauf hingewiesen, daß eine ständige Marinestation zur Durchsetzung des Vertrages notwendig sei¹⁰⁴. Das Oberkommando sprach sich generell für eine solche Station aus, wie auch für die Erkundung und die Erwer-

⁹⁸ Bis Ende der 60er Jahre fehlt gesichertes Zahlenmaterial über die genaue Tonnage des Küsten- und Überseehandels. Der deutsche Anteil am Küsten- und Überseehandel bei Segel- und Dampfschiffen lag z. B. bei einer Gesamttonnage von 6,4 Mill. t bei 7,3 % (Großbritannien 52,2 %, USA 35 %, Japan 0,1 %, andere 5,4 %). Hou, S. 61. Die deutsche Küstenschiffahrt in Fernost stieg vor allem an, weil in Deutschland und Europa Aufträge an veraltete Segelschiffe fehlten. Walle, Einfluß, S. 54 f.

⁹⁹ Hanseatischer Konsul, Shanghai, an Senat von Bremen, 22. 1. 1863, HKHB, Hp II 83/2. Hanseatischer Konsul, Tientsin, an Senat von Bremen, 28. 11. 1863, StAHB. 2/C 24/b 5. Deutschland nahm im Außenhandel in Russisch-Fernost die führende Stellung ein, nachdem Vladivostok 1865 Freihafen geworden war. Ab 1864 war hier vor allem die Firma Kunst & Albers tätig, die größte deutsche Firma in der Mandschurei bis zum Ersten Weltkrieg. Albers, *passim*; Morozov, S. 139 ff.; Schramm, S. 96.

¹⁰⁰ Zum Geld- und älteren Bankgeschäft der Handelsfirmen Vinnai, S. 30 ff.

¹⁰¹ Die deutsche Firma Siemssen & Co. beteiligte sich bei der Hongkong and Shanghai Bank. Möring, S. 53 ff. Die Exporte aus Deutschland bestanden in den 60er Jahren hauptsächlich aus Wolltuch, gefärbten Baumwollgarnen, Nähnadeln, Fensterglas und Zündwaren, die Importe aus China – primär über London – aus Tee und Seide. Yü, S. 88 ff.

¹⁰² Brandt, China, S. 34 ff.; Friedel, S. 172 ff.; Werner, Bd 2, S. 211 ff.

¹⁰³ Friedel, S. 21 ff., 100 ff., 204.

¹⁰⁴ Kommando des Ostasiengeschwaders an Oberkommando der Marine, 24. 7. 1861, BA-MA, RM 1/2340.

bung eines Stützpunktes¹⁰⁵. Es konnte aber nur mit Mühe zum Austausch der Ratifikationsurkunden des Handelsvertrages, der am 14. Januar 1863 in Shanghai stattfand¹⁰⁶, ein Schiff entsenden¹⁰⁷. Auf Berichte des preußischen Generalkonsuls v. Rehfuës über zunehmende Piraterie in chinesischen Gewässern konnte die militärische Seite ebenso wenig reagieren wie auf das Drängen des auf das Ansehen Preußens bedachten Außenministeriums, weil es der Marine an technischen und logistischen Möglichkeiten fehlte¹⁰⁸. Schließlich wurde auch das einzige vor China kreuzende Kriegsschiff zur Teilnahme am deutsch-dänischen Krieg zurückbeordert¹⁰⁹.

Das Interesse der preußischen Führung an Ostasien war vor dem Hintergrund der europäischen Politik und nach erfolgreicher Beendigung der machtpolitisch-kleindeutschen Demonstration der Ostasienexpedition doch merklich geschwunden. Zwar wurden die Expeditionsergebnisse und auch die Berichte der Handelssachverständigen aus Propagandagründen gedruckt und veröffentlicht¹¹⁰; allgemein war Berlin in den 60er Jahren aber eher bemüht, politisches Kapital aus dem vergangenen ostasiatischen Engagement zu schlagen, um als Großmacht anerkannt zu werden, als die Wirtschaft in Ostasien zu unterstützen, sofern es dazu überhaupt in der Lage gewesen wäre¹¹¹.

Die Hansestädte waren jedoch bereits von dem Ergebnis der Expedition enttäuscht gewesen. Ihr Hauptaugenmerk hatte von Anfang an auf Japan gelegen, das als Absatzmarkt geeigneter erschien als das dem Westen abweisend

¹⁰⁵ Oberkommando der Marine an Kriegsminister v. Roon, 4. 4. 1863, ebd., RM 1/2357.

¹⁰⁶ Yü, S. 86 ff., 155 ff.

¹⁰⁷ Gesandter Graf zu Eulenburg an Außenministerium, 14. 12. 1861, BA-MA, RM 1/2340; Oberkommando der Marine an Marineministerium, 4. 7. 1862, ebd., RM 1/2349.

¹⁰⁸ Außenministerium an Kriegsminister v. Roon, 1. 6. 1863, ebd., RM 1/2357; Rehfuës an Außenministerium, 22. 7. 1863, ebd.; Rehfuës an Bismarck, 5. 2. 1864, ebd., RM 1/2359. In den seichten Küstengewässern waren zudem Boote mit geringem Tiefgang notwendig. Die preußische Marine war aber technisch nicht in der Lage, Kanonenboote zu überführen. Petter, Stützpunktpolitik, S. 193 ff.

¹⁰⁹ Promemoria Marineministerium zum Immediatvortrag beim König, 19. 2. 1864, BA-MA, RM 1/2357. Borgert, S. 160 ff.

¹¹⁰ Beratung über die Veröffentlichung der Expeditionsergebnisse, 27. 10. 1862, BA-MA, RM 1/2355. Ministerium für Handel an Regierung Aachen, 5. 11. und 2. 12. 1861, 30. 4. und 24. 7. 1862, 7. 5. 1863, HStAD, Regierung Aachen/1684; Brandt, Dreiunddreißig Jahre, Bd 2, S. 296 ff.; Stingl, S. 85 ff.

¹¹¹ Für das Außen- und für das Kriegsministerium schienen insbesondere Nachrichten über die Taiping und das britische Vorgehen wichtig zu sein. Ausführliche Informationen kamen über London und vom preußischen Konsul in Shanghai, dem späteren Gesandten in Tokyo und Peking, v. Rehfuës; über die chinesisch-englischen Flottenpläne waren die preußischen Regierungskreise genauestens informiert. Legationssekretär v. Radowitz, Shanghai, an Bismarck, 20. 2. 1864, BA-MA, RM 1/547. Gesandter v. Bernstorff, London, an Außenministerium, 1. 1. 1861, PA, Abt. IA Chi/I.B.4 (China)/2; Rehfuës an Außenministerium, 15. 11. 1862, ebd.; Bernstorff an Bismarck, 4. 3. 1864, ebd.

gegenüberstehende China¹¹². Japan mit seinem – so wurde fälschlicherweise angenommen – Reichtum an Mineralien und Kohle und seinem enormen Bedarf an Tuchimporten galt als das erste Handelsland im Fernen Osten, als das „England Asiens“. Die wirtschaftlichen Gutachten der Expedition schienen diese Sichtweise zu bestätigen¹¹³. Um so größer war die Verärgerung, daß Preußen bei den Verhandlungen für die Hansestädte keine eigene konsularische Vertretung hatte erreichen können. Gerade das Konsularwesen der Hansestädte stellte die symbolische und auch reale Verbundenheit mit dem deutschen Außenhandel dar¹¹⁴. Obwohl auch in China die Verhandlungen nicht wunschgemäß verlaufen waren und kein hanseatischer Generalkonsul als politischer Vertreter der Hansestädte akkreditiert wurde¹¹⁵, hielten es die Senate nicht für opportun, eine Ratifikation der Verträge zu verweigern. Die Handelskreise gingen davon aus, im Laufe der Zeit noch einige Verbesserungen in China erzielen zu können, und richteten ihre Hoffnungen zunächst einmal ganz auf das Yangtze-Gebiet¹¹⁶. Die Kritik der Hansestädte und ihres Handels fiel dennoch eindeutig aus: Preußen habe lediglich eine rein politische Vertretung im Sinn gehabt, um seine formale Gleichstellung mit anderen Mächten zu erlangen und seine Großmachtposition zu beweisen¹¹⁷. Das Verhältnis zwischen Preußen und den Hansestädten blieb hinsichtlich der Chinapolitik kühl. Insbesondere im Konsularwesen kam es oft zu Streitereien¹¹⁸. Dennoch mußten die Hansestädte schließlich Mitte der 60er Jahre

¹¹² Vor den Verhandlungen mit Preußen wurde eine Vertretung durch Holland ins Auge gefaßt. Extract aus dem Senatsprotokoll, 12. 1. 1859, StAHB, 2/C 24/a 1. Bei allen Gesprächen mit Preußen stand Japan im Vordergrund. Auszug aus den Schreiben von Syndikus Merck an Senator Smidt, 25. 3. und 29. 3. 1859, ebd.; Auszug aus dem Senatsprotokoll, 4. 4. 1895, ebd. Sitzung der Kommerzdeputation, 5. 9. 1859, HKHH, Akt. Chi/34.

¹¹³ Ministerium für Handel an Regierung Aachen, 24. 7. 1862, HSTAD, Regierung Aachen/1684. Denkschrift betreffend den von Deutschland einzuleitenden Verkehr mit dem neu eröffneten Weltmarkt in China . . . , S. 7, HKHB, Hp II 83/1. Werner, Bd 2, S. 108 ff.

¹¹⁴ Schramm, S. 224 f.

¹¹⁵ Syndikus Merck an Senator Smidt, 4. 2. 1862, StAHB, 2/C 24/a 1. Auszug aus Schreiben Senator Smidt an Syndikus Merck, 6. 2. 1862, StAHH, CL VI 14a Vol. 1/Fasc. 1/b.

¹¹⁶ Aufzeichnung Handelskammer Hamburg, 24. 2. 1862, HKHH, Akt. Chi/34.

¹¹⁷ Denkschrift Handelskammer Hamburg vom Januar 1862, ebd. Bis 1866 bemühten sich die Hansestädte um eine eigene Vertretung in Japan mit Hilfe der Niederlande. Erst gegen Ende der 60er Jahre wurden schließlich alle norddeutschen Länder Preußen gleichgestellt. Brandt, Dreiunddreißig Jahre, Bd 1, S. 99 ff.; Schramm, S. 97 ff.

¹¹⁸ Extract aus dem Senatsprotokoll, 7. 2. 1866, StAHB, 2/C 24/b 0, betreff Schreiben des Lübecker Senators Curtius: Der Shanghaier Generalkonsul Preußens sei nicht der diplomatische Vertreter der Hansestädte und habe dem hanseatischen Konsul nichts zu befehlen, ebd. – Preußen zeigte sich aber auch konzilient. 1867 war der preußische Gesandte mit der Übertragung der Aufgaben des hanseatischen Konsuls an den amerikanischen Konsul einverstanden. Schreiben des hanseatischen Konsuls, Shanghai, an Senat von Bremen, 4. 9. 1867, HKHB, Hp II 83/2. Liste der preußischen und hanseatischen Konsularbeamten bei Yü, S. 115 ff.

eingestehen, daß zwar eine eigene diplomatische Vertretung oder der Schutz durch die Vereinigten Staaten „vielleicht das practisch Beste“ sei, „allein aus nationalen Gründen geht das nicht mehr an . . . , trotz Bismarck und der altbekannten und tiefbeklagten Unausstehlichkeit resp. Mangelhaftigkeit Preuß. Diplomaten und Legationsbeamten“¹¹⁹. Es wurde nun aber auch von Preußen erwartet, daß es endlich aktiv werde, „für seine und die anderen jetzt seiner Botmäßigkeit unterworfenen deutschen Flaggen“¹²⁰.

In China zielte die 1862 beginnende T'ung-chih-Restauration darauf, bei einer in der chinesischen Geschichte traditionellen Einbeziehung der neuen Gegebenheiten das konfuzianistische System nach innen und außen zu stabilisieren¹²¹. Das Prestige der Mandschu-Dynastie hatte durch das Versagen in den äußeren und inneren Krisen der 40er bis 60er Jahre einen empfindlichen Schlag erlitten, jedoch war das Kaisertum keineswegs in Frage gestellt, es schien vielmehr nach der Beendigung der Rebellion gefestigt zu sein. Die Taiping konnten schließlich, wenn auch mit ausländischer Hilfe, unter Kontrolle gebracht und der Westen durch Zugeständnisse vorläufig zufriedengestellt werden. Auch die finanzielle Lage schien trotz der beginnenden Rüstung mit Hilfe der Likin-Zölle für die Provinzen und des Seezolls für die Zentrale einigermaßen stabilisiert zu sein. Überdies war China noch nicht vom Westen abhängig und konnte seine Politik weitgehend selbst bestimmen. Obwohl die Zentralregierung in Peking in den Verträgen von 1858 gezwungen worden war, eine eigene Behörde für diplomatische Kontakte mit dem Ausland, das Tsungli Yamen, einzurichten, versuchte die chinesische Führung immer wieder, den direkten diplomatischen Verkehr mit den ausländischen Regierungen zu unterlaufen, indem sie Kommissare oder Generalgouverneure mit bestimmten Vollmachten zu Gesprächen ausstattete, selbst daran aber nicht teilnahm¹²². Der offensichtliche Sieg der traditionellen konfuzianistischen Werte bestätigte das Bündnis zwischen Mandschus und Gentry, wenn auch die Divergenzen zwischen der Zentrale und den partikularistischen Kräften zunahmen. Insbesondere der Regionalismus im militärischen Bereich, der nicht einfach als lokaler Patriotismus oder Provinzialismus anzusehen war, bedeutete eine ernste Gefährdung des konfuzianistischen Verwaltungssystems und eine Teilung der politischen Macht der Zentrale. Sichtbarstes Zeichen dieser beginnenden Machtverschiebung war die Entstehung lokaler Heere, die den Provinzgouverneuren, den ‚warlords‘, als Grundlage und Instrument für eine eigenständige Politik dienten¹²³.

¹¹⁹ Smidt an Curtius, 9. 2. 1866, StAHB, 2/C 24/b 0.

¹²⁰ Smidt an Ministerresident Krüger, Berlin, 16. 11. 1866, ebd.

¹²¹ Wright, Last Stand, passim.

¹²² Franke/Trauzettel, S. 315 ff.; Hsü, Entrance, S. 105 ff.

¹²³ Michael, Regionalism, S. XL ff.; Wiethoff, Ältere Geschichte, S. 166 ff.; ders., Neuere Geschichte, S. 97 ff.; Kuhn, passim.

Die Reformbewegung in den Provinzen, die „Selbststärkungsbewegung“, war kein populäres Programm, sondern der Versuch einiger Literaten und Gouverneure, die zumeist die nationalen Interessen mit ihren eigenen identifizierten, westliche Methoden zu übernehmen, um die Taiping niederzuschlagen und schließlich auch dem Westen selbst entgegenzutreten. Auch wenn eine Änderung der Orthodoxie der konfuzianistischen Schule dabei im Hintergrund eine Rolle gespielt haben mag, wurden keine politischen Reformen und zunächst auch keine Industrialisierung, die über eine militärische Bedarfsdeckung hinausging, angestrebt. Die militärische Stärkung, die Bildung moderner bewaffneter Streitkräfte stand eindeutig im Vordergrund. Die Übernahme oder selbst die Beschäftigung mit westlicher Kultur wurde von vornherein abgelehnt¹²⁴. Ende der 1860er Jahre mußten die Reformer jedoch erkennen, daß sie bei der Rüstung, personell wie materiell, weiterhin auf eine Zusammenarbeit mit dem Westen angewiesen bleiben würden. Die Rüstungsarbeiten in den Arsenalen und der Ausbildungsstand der Soldaten hatten gezeigt, daß für eigenständige Erfolge letztlich jegliche Voraussetzungen fehlten¹²⁵.

Das überwiegende Interesse der westlichen Großmächte an China Mitte des 19. Jahrhunderts war rein wirtschaftlicher Art. Mit den „ungleichen Verträgen“ stiegen die Hoffnungen auf eine Erschließung des chinesischen Marktes ins Utopische. Trotz eines gewissen Aufschwungs blieben die kommerziellen Erfolge jedoch auch in den 60er Jahren gering, zumindest gemessen an den Visionen eines unbegrenzten Absatzgebietes für westliche Waren. Diese Diskrepanz zwischen Wunschvorstellungen und Realität sollte sich wie ein roter Faden durch die Beziehungen des Westens mit China auch bis weit in das 20. Jahrhundert hinein ziehen. Der Export nach China enttäuschte nach dem Tientsiner Vertrag trotz der beginnenden Rüstungslieferungen, da er weiterhin in der Hauptsache aus Opium bestand. Der Import aus China setzte sich zu 50 % aus Tee und zu 40 % aus Seide zusammen¹²⁶.

Die Chinakaufleute hielten neben den „hohen“ Zöllen, der generellen Ablehnung alles Europäischen durch die Chinesen und der Willkür lokaler Machthaber besonders die ihrer Auffassung nach unzulängliche Ausschöpfung der Verträge, speziell in bezug auf die Öffnung des Yangtze-Gebietes, für die Ursache allen wirtschaftlichen Übels. Großbritannien als westliche Führungsmacht in Ostasien war aber aus sicherheitspolitischen Gründen, insbesondere wegen des amerikanischen Bürgerkriegs und der Unruhen in Indien, an einer politischen Stabilisierung des Gebietes interessiert und nur zu einer kooperativen Politik gegenüber den Mandschus bereit. Für die Chinahändler hingegen galt Mitte der 60er Jahre die Parole, die Verträge um jeden Preis endlich durchzusetzen, da sie sogar schon befürchteten, durch chinesische

¹²⁴ Chesneau. Bd 1, S. 205 ff., 213 ff.; Spector, S. 152 ff.

¹²⁵ Franke/Trauzettel, S. 320 f.; Th. Kennedy, Arms, S. 1 ff., 34 ff.

¹²⁶ Cheng, S. 15 ff.; W. Franke, China, S. 59 ff.

Händler selbst aus den Vertragshäfen verdrängt zu werden. Nach Ansicht der einflußreichen britischen Chinakaufleute, die bei der Ausformung der wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Reich der Mitte weitaus bestimmender blieben als die Regierung in London, ergab sich daraus die zwingende Notwendigkeit, neue Handelsplätze für den Westen zu öffnen. Die Vorteile für die ausländische Wirtschaft sollten unter allen Umständen gewahrt bleiben und möglichst ausgebaut werden¹²⁷.

Im Gegensatz zu Großbritannien war das Engagement Preußens in China primär machtpolitisch motiviert. Es galt, sich aus nationalen Beweggründen ein internationales Renommé zu verschaffen und als Führungsmacht Deutschlands und als gleichberechtigtes Mitglied im Konzert der Großen anerkannt zu werden. In der Chinapolitik sah die preußische Regierung auch ein geeignetes Mittel, liberale Wirtschaftskreise zu gewinnen. Die Kooperations- und Konzessionsbereitschaft des Staates gegenüber dem von der Wirtschaftskrise aufgeschreckten Bürgertum fand in der „Neuen Ära“ mit der Ostasienexpedition ihren spektakulären Höhepunkt.

Die an staatliche Lenkung gewöhnte preußische Wirtschaft wäre auch gar nicht in der Lage gewesen, ohne massive staatliche Hilfe eigene Auslandsgeschäfte größeren Ausmaßes mit Ostasien zu tätigen. Selbst die freihändlerisch orientierten Hansestädte, die mit angelsächsischer Hilfe im Überseege­schäft des 19. Jahrhunderts gut Fuß gefaßt hatten, gerieten im Fernosthandel zunehmend in den Sog preußisch-nationaler Politik, vor allem, weil sie trotz aller Bedenken schließlich dennoch allzu gerne bereit waren, preußische Staatshilfe in Anspruch zu nehmen. Die erhoffte konkrete wirtschaftspolitische Unterstützung blieb jedoch aus, zumal sich Preußen als schwache Großmacht, deren überseeische Vorstellungen nur fragmentarisch entwickelt waren, politisch und militärisch in Ostasien auf die anderen Seemächte stützen mußte. Preußens diplomatischer und konsularischer Dienst blieb dem europäischen Horizont verhaftet. Sein militärisches Machtmittel in Ostasien, die Marine, war unterentwickelt, ohne klare Konzeptionen und überhaupt nur begrenzt für überseeische Aufgaben brauchbar. China geriet wegen der unzureichenden militärischen Präsenz in Ostasien und der Konzentration der preußischen Politik unter Bismarck auf die nationale Einigung schon bald wieder aus dem deutschen Blickfeld.

Die bislang von Preußen eher als politisches Instrument angesehene Wirtschaft gewann jedoch mit der Industrialisierung zunehmend an Eigengewicht. Die Notwendigkeit, Rohstoffe für die Industrie beschaffen und die Ausfuhr zur Aufrechterhaltung der industriellen Expansion steigern zu müssen, sollte auch den Staat zu immer stärkeren Hilfeleistungen, gerade in Übersee, veranlassen¹²⁸. Die mitteleuropäischen Probleme rückten unter Bismarck zunächst aber eindeutig in den Vordergrund. Obwohl der Gedanke ei-

¹²⁷ Pelcovits, S. 9 ff.; Selby, S. 145 ff.

¹²⁸ Schramm, S. 223.

ner außereuropäischen Expansion insbesondere in den Plänen der Wirtschaftskreise latent vorhanden blieb, trat er erst in den 1880er Jahren wieder stärker in den Vordergrund der Politik. Am Vorabend der kleindeutschen Reichsgründung hatten sich jedoch mit den konservativ-kontinentalen und den mehr liberal-überseeischen Vorstellungen die Grundkonzeptionen herausgeprägt, welche die Außenpolitik des Deutschen Reiches fortan bestimmen sollten. Auch die potentiellen Konflikte eines national geeinten Deutschlands mit den übrigen schon etablierten Großmächten wurden bei beiden außenpolitischen Ansätzen deutlich sichtbar¹²⁹.

¹²⁹ Hillgruber, *Großmacht*, S. 12 ff.; Quilitzsch, S. 174 ff.; Wehler, *Kaiserreich*, S. 30 ff.

3.
LANGZEITKRISE DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT
UND UNTAUGLICHE CHINESISCHE REFORMEN.
BEMÜHUNGEN UM KOMMERZIELLE UND INDUSTRIELLE
EXPANSION IN CHINA (1871–1894)

*a) Die Stagnation des deutschen Chinahandels und wirtschaftspolitische
Einflußnahme im Reich der Mitte*

Die Veränderungen im Chinahandel Ende der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts hatten die westlichen Kaufleute zutiefst verunsichert. Aufgrund ihrer besseren Ortskenntnisse und einer der traditionellen chinesischen Wirtschaftsstruktur angemessenen Geschäftsorganisation sowie ihrer großen privaten Kapitalkraft verstanden es die chinesischen Kaufleute, mehr Einfluß auf den Handel der „Westler“ zu nehmen, als diesen lieb sein konnte. Neue westliche Methoden erwiesen sich sowohl im Handel als auch in der Produktion als uneffektiv und überflüssig. Oftmals arbeitete bereits chinesisches Kapital in europäischen Firmen, die dadurch ihre Unabhängigkeit gefährdet sahen¹. Für die westlichen Firmen zeichnete sich ein düsteres Zukunftsbild ab, das nur die Alternative zwischen Anpassung oder Scheitern offenzulassen schien².

Die Handelsverhältnisse hatten sich, gemessen an den Erwartungen, erheblich verschlechtert. Auch die Nachwirkungen der wirtschaftlichen Spekulation während des deutsch-französischen Krieges und die beginnende Abschwungphase der Weltwirtschaft zu Beginn der 70er Jahre gingen am Chinahandel nicht spurlos vorüber. Konnte dieser trotz aller Mißlichkeiten noch bis 1872 einen permanenten Aufschwung verzeichnen, allein von 1864 bis 1872 um etwa 50 %, so fiel er bis 1874 um etwa 80 % zurück und übertraf erst 1876 wieder den Wert von 1872³. Hinzu kam die weltweite Silberentwertung, da einige Länder zum Goldstandard übergingen und ihr Silber nach China abzusetzen versuchten. Die Importe nach China mit seiner inflationär fallenden Silberwährung verteuerten sich daher. Die billigen Exporte aus China nahmen dagegen noch mehr zu⁴.

¹ Die meisten Importe wurden von chinesischen Händlern bestellt, für westliche Waren bot sich ansonsten kaum eine Chance im Binnenhandel, während auf der anderen Seite die chinesischen Exporte ausschließlich durch ausländische Firmen gingen. Pang, S. 8 ff.

² Le Fevour, S. 55.

³ Vgl. die Tabelle bei Cheng, S. 258 f.

⁴ Collis, S. 33 ff., 53 f.